

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beilage),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanigk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befenbinderhof 56.

Sitz der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Zeitung oder deren Raum 30.-

Inhalt: Nutze den Tag! — Amerikanische und deutsche Arbeiter. — Politische Umstöße. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperungen, Maßregelungen, Differenzen. Aus der Schweiz: Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Schlußbericht vom Bau Braunschweig. Verbot oder Reform der Arbeitsarbeits? — Zentralbankenfrage. — Von Bau: Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen u. v. m. Jahresbericht über die Tätigkeit im Städtebauamt III in Würzburg in bezug auf den Arbeitsschutz, Bauarbeiterverhältnisse in Preußen. — Gewerbliche Rechtsvorschriften und Arbeitersicherung. — Polizei und Gerichte. — Verchiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Treiben und mängelhaftes Abbinden des Bemerts.

Nutze den Tag!

Nutze den Tag! Benütze die günstige Gelegenheit, arbeite und schaffe in der Zeit, die für deine Pläne am besten paßt! Das ist eine alte Lebensweisheit, die jeder kluge Mann befolgt.

Es ist die Zeit der Ernte. Das reife Korn rauscht in der Morgendämmerung, der Segen der Natur, der Preis mühseliger Arbeit harret des Schütters. Aus den Frühnebeln hebt sich der Sonnenball, der wolkenlose Himmel verheiht einen heißen Tag. Einen Erntetag. Einen Tag, wo die Garben ungefährdet von Regengüssen unter das schützende Dach der Scheuer gebracht werden können. Von einem solchen Tage heißt es für den Landmann: nutze ihn! Geh' hinaus auf's Feld in den Sonnenbrand, verricke dein Werk, solange es noch Zeit dazu ist. Säume nicht! Die nächsten Tage bringen vielleicht schon Sturm und Regen, die die Ernte zerstören; darum nutze den Tag!

Von hoher See kommt das Schiff mit Gütern beladen. Der Führer sieht das Gestade, das Ziel seiner Fahrt, wo er seine Ladung auf den Markt bringen will, um den Lohn für wochenlange Fähnisse und Mühen zu erheben. Aber die Fahrtrinne, die zum Hafen führt, ist nur seicht, und wenn der Wasserstand nicht hoch genug ist, so gerät das Schiff auf den Grund und Tage können darüber hingehen, ehe es wieder flott ist. Doch es ist die Zeit der Flut. Von der See drängen die Wassermassen in die Fährinne, ihr Spiegel erhöht sich mächtig — jetzt ist die Zeit für den Schiffer, sein Fahrzeug hineinzutreiben, jetzt gerät es nicht auf den Grund. Und wenn auch schon die dunklen Schatten der Nacht hereinbrecken, nun darf er nicht ruhen, nun heißt es für ihn: nutze den Tag! Säumst du bis zum Morgen, so hat sich die Flut verlaufen und dein Schiff ist hier draußen festgebannt. Deine Ladung fehlt auf dem Markte, die günstige Gelegenheit ist verpaßt. Aber er wird nicht säumen, er wird die Zeit ausnutzen und der Erfolg wird es ihm lohnen.

Auch für die Gewerkschaftsbewegung, für die gewerkschaftliche Agitation heißt es jetzt: nutze den Tag! Auch sie hat ihre günstigen und ungünstigen Zeiten. Wären wir nicht Toren, wenn wir die günstigen Tage nicht ausnutzen wollten!

Ein Blick auf die bisherige Entwicklung der gesamten Gewerkschaftsbewegung wie auf die Entwicklung unseres Verbandes lehrt uns, daß es auch hier Zeiten gibt, die für die Werbearbeit ganz besonders die Gewähr des Erfolges in sich tragen. Und zwar wird diese Zeit für uns bestimmt durch die allgemeine Geschäftslage im Wirtschaftsleben, oder durch die Konjunktur, wie wir es mit einem Fremdwort bezeichnen. Die Gründung unseres Verbandes, wie auch das Auftreten der gesamten modernen Gewerkschaftsorganisationen nach dem Sozialistengesetz fiel in eine Zeit des größten wirtschaftlichen Tieflandes; demzufolge stand die ganze ohnehin noch sehr schwache Bewegung völlig still. Dann kam mit dem Jahre 1896 ein Aufschwung und folglich entwickelten sich die gewerkschaftlichen Organisationen. Der Aufschwung dauerte ungefähr bis zum Ausgang

des Jahrhunderts; schon mit dem Jahre 1900 flautete die Konjunktur ab — und sofort tritt ein Stillstand der Gewerkschaften ein, der erst, als sich im Jahre 1903 die ersten Anfänge der wiederkehrenden Prospersität zeigten, einem weiteren großerartigen Steigen der Mitgliederzahlen Platz macht. Die folgenden Jahren lassen das recht deutlich erkennen.

Die Zunahme (+) resp. Abnahme (-) betrug:

In den Jahren	Bei allen Verbänden	Beim Maurerverband
1891—1895	— 18484	+ 8260
1896—1900	+ 421252	+ 67604
1901—1902	+ 55896	— 741
1903—1905	+ 611597	+ 76888

Es ist also sowohl bei der Gesamtheit der Gewerkschaften wie bei unserem Verband die gleiche Erscheinung, die wir oben gekennzeichnet haben. Gegenwärtig stehen wir im Zeichen einer überaus günstigen Geschäftssperiode. Die große Industrie ist stärker als je beschäftigt. Im Baugewerbe ist, abgesehen von einigen Orten, dasselbe der Fall. Aber wie lange wird es noch dauern? Das kann kein Mensch sagen. Der Apparat der privatkapitalistischen Produktion ist so kompliziert geworden, das Wirtschaftsleben zu vielseitig und zu großartig, als daß es überhaupt noch nach dieser Richtung hin zu überblicken wäre. Darum ist es ungewiß, ob nicht schon die nächste Zeit schwere Geschäftskrisen bringen wird, oder ob die gegenwärtige Blüte noch einige Jahre anhält. Gewiß ist nur das eine, daß ein Umschwung kommt, früher oder später kommt.

Ein solcher Umschwung trifft die Arbeiter stets am schwersten. Seine erste Wirkung sind Arbeiterentlassungen. Aber dabei bleibt es nicht. Was das Kapital durch vermehrte Beschäftigung an Profit nicht erhält kann, das sucht es durch größere Ausbeutung zu erringen. Jede Krise zeitigt Verluste des Unternehmertums, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Und diese Angriffe der Unternehmer zunehmend ist dann äußerst schwer.

Darum heißt es für uns jetzt: Nutze den Tag! Noch stehen wir mitten in der Hochkonjunktur, noch können wir durch unsere Agitation Tausende und Tausende der gewerkschaftlichen Organisationen zuführen; noch ist es Zeit! Benütze wir sie, sie ist kostbar. Die mächtig angestrebten Unternehmervereinigungen handhaben immer Skrupelloser das Mittel der Aussperzung. Schon in der für uns günstigen Zeit ist es nicht immer ganz erfolglos geblieben; wieviel mehr werden die Unternehmer in den Zeiten der Krise den Arbeitern schwere Wunden damit schlagen können. Es ist darum der natürliche Selbstbehaltungstrieb, der uns zwingt, alle Kräfte anzuspannen, um die Organisationen zu stärken; denn je stärker wir sind, um so stärker ist auch der Widerstand, den wir später leisten können. Die hochfreudigen Fortschritte, die die Gewerkschaften in den letzten drei Jahren machen konnten, beweisen uns, daß unsere Arbeit auch noch weiter von Erfolg gekrönt sein wird, wenn wir mit zäher Begeisterung dafür wirken. Jetzt darf es kein Säumen, kein Ruhem und kein Besinnen geben; die Parole heißt Agitation! Noch ist es Tag, noch bescheinigt die Sonne der Prosperität das Wirtschaftsleben. Darum nutzen wir den Tag!

Amerikanische und deutsche Arbeiter.

Neben die amerikanischen Verhältnisse, namentlich über die Lage und die Bestrebungen der Arbeiter, sind in Europa viele unrichtige Anschauungen verbreitet. Um so dankenswerter ist es, daß in den letzten Jahren einige deutsche Gelehrte von Ruf, die Professoren

Philippowicz und Sombart, sich der Mühe unterzogen haben, Studienreisen dahin zu machen und nach und nach ihre Erfahrungen zu publizieren. Unlängst hat Sombart im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ (XXI. Band) „Studien zur Entwicklungsgeschichte des nordamerikanischen Proletariats“ veröffentlicht, die ein gutes Bild von den Verhältnissen dieses Proletariats und dem inneren Getriebe seines Lebens geben. Sombart geht von der Tatsache aus, daß in Nordamerika der Kapitalismus am stärksten entwickelt, die Kapitalskonzentration (Trustwesen) am weitesten fortgeschritten ist und die Gegensätze zwischen arm und reich noch viel weiter ausgebildet sind als bei uns, und daß trotzdem dort von Sozialismus viel weniger zu spüren sei. Zur Erklärung dafür nimmt Sombart die allgemeine Weltanschauung der Amerikaner und ihr Partei Leben. Wir können es unterlassen, auf diese Beschreibung uns völlig fremder Verhältnisse näher einzugehen. Uns interessiert vornehmlich der Teil seiner Abhandlung, der sich mit der Stellung der Arbeiter zu den Unternehmern und mit der Lebensweise der Arbeiter beschäftigt. Und das um so mehr, als Sombart zum Vergleich deutsche Verhältnisse heranzieht.

Er untersucht zunächst den Unterschied in der Höhe der Geldlöhne und stellt die (bei der letzten amerikanischen Volkszählung mit festgestellten) Durchschnittslöhne den aus der deutschen Unfallversicherungsstatistik sich ergebenden Löhnen gegenüber. Der Unterschied ist ein auffallender. Buchdrucker verdienen danach in Deutschland im Jahresdurchschnitt ungefähr M. 894, in Amerika aber zwischen M. 1747 bis 2234. In der Eisen- und Stahlindustrie schwanken die Löhne in Deutschland zwischen M. 733 und 1014, in Amerika aber zwischen M. 1642 und 3074. Die Weberlöhne, diese sprichwörtlichen Hungerlöhne, schwanken in Amerika zwischen M. 1130 und 2192, in Deutschland zwischen M. 506 und 777. 41 p.ß. der Tabakarbeiterinnen in Baden verdienen M. 4 bis 7 die Woche, weitere 46 p.ß. M. 7 bis 12 und nur 8 p.ß. mehr als M. 12. In Amerika fängt der Mindestlohn der Tabakarbeiterinnen erst bei M. 17 an, 44 p.ß. verdienen M. 17 bis 25, 47 p.ß. zwischen M. 25 und 38. Kurz, Sombart kommt zu dem Schluss, daß die Geldarbeitslöhne in Amerika zweimal bis dreimal so hoch wie in Deutschland sind.

Die Höhe der Geldlöhne sagt natürlich nichts über ihren Wert, über das, was man dafür kaufen kann. Hier einen internationalen Vergleich anzustellen, dürfte kaum möglich, jedenfalls sehr schwierig sein. Sombart vergleicht die Preise, aber auch die Ansprüche an Nahrung, Wohnung und Kleidung. Aus seinen Berechnungen ergibt sich, daß die Beschaffung der gleichen Menge notwendiger Unterhaltsmittel nicht wesentlich kostspieliger ist als in Deutschland.

Aber der amerikanische Arbeiter verdient zweimal bis dreimal soviel Lohn als der deutsche. Was macht er mit diesem Lohnüberschub? Sombart zeigt, daß die amerikanischen Arbeiter ihre Bedürfnisse viel reicher und besser befriedigen, als die deutschen: „Die besseren Arbeitsergebnisse drücken machen durchaus den Eindruck der Wohnung eines deutschen Mittelbürgers; sie sind mit guten Betten, begüterten Stühlen, Teppichen und so weiter reichlich ausgestattet... Es scheint, als ob der amerikanische Arbeiter sich erst nach und nach seine Einrichtung komplettiert, während der deutsche sich mit der ersten Anschaffung und den allernotwendigsten Reparaturen begnügen muß.“

Aus dem Vergleich der Haushaltungsbudgets ergibt sich, daß der amerikanische Arbeiter fast dreimal so

viel Fleisch, dreimal so viel Mehl, viermal so viel Zucker als der deutsche verzehrt. Sombart fasst diesen Unterschied sehr hübsch in die Worte: „Der amerikanische Arbeiter speist schon, er ist nicht mehr bloß“. Bei vielen unserer deutschen Arbeiter macht das „Essen“ sehr häufig den Eindruck eines hastigen Schlüngens, das nur dem Drang nach Besriedigung des Hungers dient. Auch die Kleidung der Arbeiter ist eine ganz andere als bei uns. Aus einem Buche zitiert Sombart: „Dort (in einer Fabrikfabrik) tragen viele sogar gefärbte Henden; die Krägen werden während der Arbeit abgeknöpft und die — übrigens durchweg festgenähnten — Manschetten bis zum Elbogen zurückgelappt. Wenn es dann pifft und die Leute sich aus den Arbeitskleidern schälen, sah man ihnen den Arbeiter kaum an. Viele benutzten zur Heimsfahrt ihr Rad. Und mancher fuhr ab in elegantem Gut, gelben Schnürstiefeln und modefarbenen Handschuhen, patent wie einer! Ungelernte Handarbeiter mit $1\frac{1}{4}$ Dollar (M. 5) Tagelohn!“

Eine Schriftstellerin beschreibt Arbeiterinnen, die während der Mittagspause in das Gasthaus zum Essen gehen, folgendermaßen: „Sie kamen in Gruppen, elegant gekleidet in rauschenden Seidenunterröden, auf dem Hut einen ganzen Berg von Federn und Blumen. Künstliche Beilchen, Glacehandschuhe, Gürteltaschen aus Silber, gefüllte Kravatten, blitzende Ringe vervollständigten die Toilette, bei der alles auf die Eleganz der Erscheinung angelegt war.“

Dass mit dieser Art der amerikanischen Arbeiter, zu leben in aufsteigender Richtung, sich die famose Spartheorie und -Praxis nicht verträgt, die man dem europäischen und vornehmlich dem deutschen Arbeiter von gewisser Seite so gern predigt, ist klar. Es bleibt dem amerikanischen Arbeiter nicht viel frei verfügbares Geld übrig. Er hat nur mehr vom Leben. Dagegen ist aber auch nach Sonnbergs Schilderung „die Arbeit in Amerika eine viel anstrengendere, den Arbeiter viel mehr ausbeutende, als in Europa. Das Akkordlohnsystem, verschiedene Mittel, durch die die Unternehmer den Arbeiter zur äußersten Ausspannung seiner Kräfte anspornen, verbraucht die Arbeitskraft viel rascher. In Wirklichkeit steht die Sache so, dass dem deutschen Arbeiter noch immer mehr von seinem Lohn nach Abzug der notwendigen Ausgaben übrig bleibt als dem amerikanischen. Und doch, trotzdem dem deutschen Arbeiter somit mehr freies Einkommen übrig bleibt, hat er von diesem Einkommen nichts.“

Sombart glaubt die Erklärung für diese merkwürdige Tatsache darin gefunden zu haben, daß die ganze Differenz zwischen dem freien Einkommen des deutschen und des amerikanischen Arbeiters bei dem deutschen durch Ausgaben für alkoholische Getränke verschlungen wird. Von 2567 untersuchten amerikanischen Familien waren die Hälfte ganz abstinent. Die anderen Familien verausgaben im Jahresdurchschnitt M. 103. In Deutschland sind die

Treiben und mangelhaftes Abbinden des Benicuts.

(Радиотехника и электроника)

(Ausfuhrung verboten.)
Jeder Verarbeiter von Cement kennt die unangenehmen Begleiterscheinungen, die sich als Folgen mangelhaften Materials oder unrichtiger Behandlung leicht einstellen.

Da der Vorgang beim Erhartungsprozeß des Betonmischung und seiner Verdunstung des Sandbetons, noch nicht genugend gestartet ist und die Erhcheinung, daß durch Aufnahme von Wasser sowohl der gebrannte Cement erhartet, wie auch Sand mit ihm zu einer harten Masse verarbeitet wird, wahrscheinlich nicht nur auf chemischen, sondern auch physikalischen Vorgangen beruht, ist es sehr leicht, bei der Verarbeitung oder Fabrikation Fehler zu machen, deren Ursachen sich nachher schwer feststellen lassen.

Eine sehr unangenehme Erscheinung ist das sogenannte Kreißen des Betonments. Es besteht darin, daß der Zement beim, der damit gefertigte Beton nach der Anmachung, mit Wasser und Vermauerung und, nach der Schärfung nach Schlüsselzweck aus der Luft annimmt, die eine Ausdehnung des Mörtels veranlaßt. Eine unmittelbare Folge davon sind Sprengrisse in der Betonanlage oder dem Mauerwerk und sogar das Einstürzen damit hergestellter Anlagen. Die Ursache des Kreißen ist gewöhnlich Schwachdampf, d. h. der Zement ist beim Brennen nicht bis zur Weißglut und vollständigen Sinterung im Ofen geblieben. Es können aber auch andere Fehler gemacht sein.

Eine Zementfabrik erhielt eine Zeitlang fortgesetzte Klagen über Kreiben ihres Zements, obwohl beim Brand alle Vorsichtsmaßregeln beachtet waren. Eine Analyse des Zements ergab einen Überschuss an schwefliger Säure, der augenscheinlich nicht entzweit werden konnte, da das Rohmaterial - Ton und Kreide - schwefelfrei war und aufzüge bei der Fabrikation nicht gemacht wurden. Schließlich stellte sich heraus, daß die zum Brennen benutzte Rolle Schwefel enthielt, der sich beim Brand als schweflige Säure dem im Ofen befindlichen Zement mitteilte und so dessen Minderwertigkeit verursachte. Nach Ausweichung des Geigermaterials hörten die Kreiberscheinungen auf.

Sehr häufig hört man auf Bauten die Klage, daß der
Bement nicht hart werde; also nicht abbinde.

alkoholischen Getränke dreimal so billig als in Amerika. Berliner Familien verbrauchen aber im Jahre M. 111, also beinahe dreimal soviel. Dabei sind die Berliner noch die nächsten. Karlsruher Familien verbrauchen im Jahresdurchschnitt M. 219. Sie vertreten im Jahresdurchschnitt 769 Liter Bier, 138 Liter Wein, 6 Liter Branntwein.

Interessant ist dann weiter, was Sombart über die Stellung des amerikanischen Arbeiters in der Gesellschaft und dem Unternehmertum gegenüber ausführt: „Wer jemals amerikanische Arbeiter oder Arbeiterinnen außerhalb der Fabrik oder der Werkstatt auch nur flüchtig beobachtet hat, hat auf den ersten Blick bemerkt, daß es sich um ein wesensanderes Geschlecht handelt als bei uns. Wir haben schon, wie ich und oft elegant gekleidet die Arbeiter, und namentlich die Arbeiterinnen, ihren Weg zur Arbeitsstätte zurücklegen. Sie sind auf der Straße „Bürger“, ihrem Auftreten nach. Kein äußerlich sichtbares Stigma ihrer Sonderstellung wie es fast alle europäischen Arbeiter“.

dass sie dagegen bereitwilligst alles tun, was vom Arbeiter subjektiv als Unnehmlichkeit empfunden werden könnte, das heißt, dass sie für „Komfort“ sorgen: Badewannen, Duschen, verschließbare Schränke, Temperierung der Arbeitsräume, die im Sommer durch Ventilatoren gefühlt, im Winter angemäßt werden.“ Sombart berichtet dann auch, dass die amerikanischen Unternehmer es trefflich verstanden haben, den Arbeitern an dem Unternehmen zu interessieren. „So versuchten Aktiengesellschaften, ihre Aktien unter die Arbeiter zu bringen und sie dadurch zum „Teilhaber“ der Firma zu machen. Sie haben auch die Gewohnheit, Anregungen, die aus den Kreisen der Arbeiter über die Verbesserungen des Betriebes kommen, bereitwillig zu erproben und, wenn sie sich brauchbar erweisen, sie nicht nur durchzuführen, sondern auch den Arbeitern, die die Erfahrung gemacht haben, sie abzulaufen. Kurz, der amerikanische Unternehmer ist nicht kleinlich, er braucht seinen Profit nicht aus mehr oder minder idiosynkratischen Praktiken zu holen.“

Sonach könnte es scheinen, als sei Amerika ein „Paradies für die Arbeiter“. Sombart ist weit davon entfernt, dies glauben machen zu wollen. Er deutet sich an, daß dort im wesentlichen die Sache dieselbe ist, wie bei uns, wenn sie auch in anderen und für den Augenblick angenehmeren Formen austritt. Ihm kommt es nur darauf an, vergleichsweise die günstigsten Seiten des amerikanischen Arbeitsebens zu schildern. Doch er ist fest davon überzeugt, daß „alle Momente, die bis heute die Entwicklung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten aufgehalten haben, im Begriff sind, zu verschwinden“ oder in ihr Gegenteil verkehrt zu werden, und daß infolgedessen der Sozialismus im nächsten Menschenalter aller Voraussicht nach auch in der Union zu vollster Blüte gelangen wird.

In einer anderen Zeitschrift, „Das Leben“, hat Sombart seine Ausführungen vor einigen Wochen ergänzt. Wir entnehmen daraus noch folgendes:

„Viele amerikanische Arbeitersfamilien hatten Wohnungen inne von durchschnittlich fast fünf Zimmern. Sicher liegt der Durchschnitt der Zimmerzahl, über die die amerikanische Arbeitersfamilie verfügt, nicht weit unter vier, während man in Deutschland einen Durchschnitt von höchstens zwei wird annehmen dürfen. Für die viel ausgiebigere Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses zahlt nun aber der amerikanische Arbeitersaum absolut mehr als der deutsche für seine so viel kleinere Wohnung, sicher aber einen viel geringeren Teil seines Lohnes. Das macht: die Mietpreise sind in Amerika verhältnismäßig niedrig, selbst wenn man nur den Geldausdruck ins Auge sieht; die Gehlöhne aber sind zweit- bis dreimal so hoch als bei uns.“ Jede fünfzimmerige Wohnung kostet Doll. 118, das sind rund M. 500, jedes Zimmer kommt also auf M. 100 zu stehen. Da nun aber die 26 440 Familien der Enquete des arbeitsstatistischen Amtes in Washington ein Durchschnittseinkommen von Doll. 749,50, das heißt von M. 3148, beanspruchen, so

die Arbeiten von Frost überrascht werden, nicht sofort den nicht erhärteten Beton abzureißen, sondern erst das Verhalten derselben nach Rückgang der Kälte abzuwarten. Um bedingt zu warnen ist aber vor dem Betreten von Betondecken z. deren vollständige Erhärtung und Tragfähigkeit noch nicht bestätigt worden ist. Sehr oft haben schon solche Anlagen, die am Außenrande erhärtet schienen, nach der Witterung unter den Füßen nichts daraus getrotzen und nachgegeben und Unfälle im Gefolge gehabt.

Es genügt keineswegs, die Erhärtung des Betons durch Proben mit dem Fingernagel zu kontrollieren, denn eine oberflächliche Erhärtung ist noch kein Zeichen für die Tragfähigkeit der Anlage überhaupt, während anderseits gut durchgehärtete Anlagen an der Oberfläche manchmal eine leichte Schicht zeigen, die sich mit dem Fingernagel abkratzen lässt, darunter aber einen guten, tragfähigen Beton aufweisen. Mir sind mehrere solche Fälle bekannt, deren Oberfläche aber stets unrichtige Verarbeitung war, obwohl die Poliere natürlich Stein und Stein auf ihre Sachkenntnis schworen und einen Fehler für unmöglich erklärteten. Bei einem derartigen Bau wurde sofort festgestellt, daß der verwandte Gement sehr gut war, da aber die Betonierung in ihrem Verhältnis Gement zu Sand nicht richtig beobachtet und die Mischung daher zu mager war. Der Polier hatte allerdings vorher eine andere Gementmarke verarbeitet, für die jene Sandbeimischung ausreichen mochte. Ohne zu prüfen, ob auch die neue Marke diesem Weißbärthlungsverhältnis entspreche, wandte er einfach das bisherige Verfahren an, und natürlich war nun der Gement schuld an der unbrauchbaren Anlage. In einem anderen Falle war die Weißbärthlung so mangelfhaft erfolgt, daß der Sand bei der Verarbeitung obenau blieb und natürlich nicht mit erhärtete, so daß man die Oberschicht abtragen konnte.

Es muss also nicht immer der Cement sein, der bei der Betonierung Grund zur Klage gibt, wenn auch Fabrikationsfehler hier und da vorkommen. Sehr oft aber ist bei der Verarbeitung ein Fehler gemacht, der sich erst später rägt. J. L.

machte die Ausgabe für eine Wohnung von 5 Zimmern nur 15,8 pfl. ihres Einkommens aus, während man in Deutschland mindestens ebensoviel bei einer halb so großen Wohnung rechnen muss.

Und in der Wohnung selbst sieht es wohllicher aus. Die ersten Anschaffungen sind reichlicher, Erneuerung und Erneuerung des Möbiliars finden häufiger statt. Nach einem Bericht, den wir über die Lage der Koblenzergarbeiter Pennsylvania's besitzen, beträgt dort der Preis einer Wohnungsausstattung Doll. 100—150, also M. 400—600. Beträchtlich größer als in deutschen Arbeiterfamilien sind die Summen, die jährlich auf Anschaffungen verwendet werden. Die Familien der deutschen großen Enquête verausgaben dafür im Durchschnitt pro Jahr Doll. 31,13, also etwa M. 125. Dagegen beziffern sich die Ausgaben von 44 Nürnberger Arbeiterfamilien für Erneuerung und Reparatur ihrer Wohnungseinrichtung auf durchschnittlich M. 18—19.

Nicht wesentlich teurer als bei uns ist die Kleidung in Amerika. Tropenverausgaben die amerikanischen Enquêtefamilien für Kleidung folgende Summen: der Mann Doll. 34,4, die Frau Doll. 26,4, die Kinder Doll. 54,2, zusammen also Doll. 115, mehr als M. 460. Dagegen: Heidelberg Arbeiterfamilien M. 163, Karlsruher M. 219, Nürnberger M. 129.

Sombart bemerkte weiter, daß das, was die Nahrung des amerikanischen Arbeiters kennzeichnet, die ganz andere, wesentlich bessere Zusammensetzung ist.

Oben steht der Fleischgenuss, der — wie schon erwähnt — ein Fleisches größer ist als bei uns. Daneben werden viel Früchte konsumiert und massenhaft Zucker, während sich Brot und Mehl in normalen Grenzen halten, die Kartoffel zurücktritt. Eier, Milch, Gemüse spielen keine hervorragende Rolle. Butter wird bevorzugt. Im ganzen nähert sich die Kost des amerikanischen Arbeiters mehr der unserer wohlhabenden Bürgerfamilien. In 2567 besonders untersuchten amerikanischen Familien betrug der Konsum an frischem oder gefalzenem Fleisch, Geflügel, aber Fisch jährlich 316,4 kg; bei den Karlsruher Industriearbeitern dagegen an Fleisch und Wurst zusammen nur 112 kg. Dafür verzehrten diese 647 kg Kartoffeln im Jahre, die Amerikaner aber nur 376; die Deutschen Schwarz- und Weißbrot 714 kg, die Amerikaner 252,7 Lab; Mehl konsumierten die Deutschen 91, die Amerikaner 227. Der hohe Mehlausummen mit dem beträchtlichen Zuckerverbrauch deutet auf die vorzüchliche Gewohnheit der Amerikaner hin, viel Mehlspeisen und puddings zu verzehren, an denen es im Haushalt des deutschen Arbeiters so gut wie ganz mangelt.

Sombart kommt auch hier wieder zu sprechen auf den einen Punkt in der Lebenshaltung, worn der europäische, speziell der deutsche Arbeiter, dem amerikanischen Kollegen — aber sehr! — überlegen ist — auf den Konsum an Alkohol! Es darf nur nicht übersehen werden, daß diese Erscheinung — oder sagen wir richtiger und verständiger, der übermäßige Alkoholgenuss — wesentlich in der schlechten Lebenshaltung der deutschen Arbeiter ihre Erklärung findet.

Politische Umschau.

Die Feinde der Arbeiterorganisation und der Arbeiterbewegung, die „Ordnungspolitiker“ aller Richtungen, unterfeind dem Verständnis, dem kein Gegner einen guten und gerechten Sache sich entgegen kann; mit all ihren Praktiken zur Vernichtung dieser Sache erzielten sie das Gegenstück. Sie sind, um mit Goethe zu sprechen, „ein Teil von jener Kraft, die stets das Beste will und Gutes schafft“. Sie ersinn alle möglichen Nebel für die ihre berechtigten Interessen wahrnehmenden Arbeiterchaft, und erachten dann, daß „ein Geist des Guten“ auch im Nebel wirkt. Dafür ist folgende Notiz der ultramontanen „Cölnischen Volkszeitung“ ein neuer Beweis:

„Nichts rächt sich wohl so rasch, wie die Bekämpfung der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch christlich und patriotisch sein wollende Leute. Den besten Beweis dafür liefert Neunkirchen, das berühmte „Königreich Stumm“. In Neunkirchen befand sich der christliche Bauhandwerkerband im vorigen Jahre noch eine blühende Zahlstelle von etwa 200 Mitgliedern. Infolge der Maßregeln der Unternehmer, des Abstrebens der Sozialen durch die Behörden und der üblichen kleinen Freundschaftdienste der Herren von der Berliner Richtung ging diese Zahlstelle in die Brüche. Dem Erfolg der Neunkirchner Patrioten folgte allerdings recht bald ein moralischer Katastrophene. Zu ihrem Schaden mußten sie in diesem Jahre anlässlich des Neunkirchner Festes die Entbindung machen, daß der sozialdemokratische Maurerhandwerkerband in Neunkirchen festen Fuß gesetzt hatte. Ein anderes Bild! Der Gewerkekreis christlicher Bergarbeiter befand in Neunkirchen eine Zahlstelle von 400 Mitgliedern. Grubenbeamte, Polizei usw. unternahmen auch dieser Gewerkschaft gegenüber alles Mögliche, um sie zu vernichten. Als sich schließlich unter dem Mitglieder des Gewerbevereins immer mehr der Verdacht regte, daß die Polizeibehörde der Bergwerksleitung die neuintretenden Mitglieder sofort weitermelde, wurde die Zahlstelle von der Gewerbevereinsleitung kurzfristig aufgelöst und die Mitglieder fortan als Einzelmitglieder auf der Centrale in Essen geführt. Und das Ende vom Bieke! Was den sozialdemokratischen Bergarbeiterverbände im ganzen Saarbezirk nicht gelingen wollte, in Neunkirchen brachte er es

fertig; in kurzer Zeit, in aller Heimlichkeit natürlich, gewann er über 100 Mitglieder. Jetzt ist es schon so weit geblieben, daß die Sozialdemokraten von dem „patriotischen“ Neunkirchen aus die Bergarbeiterbewegung der benachbarten Pfalz bearbeiten können. Auf dem Stummischen Werk selbst waren die christlichen Gewerkschaften ebenfalls streng verboten. Generalaufsicht v. Schubert, der Mitinhaber des Werkes, warnte seine Arbeiter anlässlich des Werkjubiläums eindringlich vor den „politisch ultramontanen“ christlichen Gewerkschaften. Von den Werkbeamten wurde diese „Warnung“ in bekannter Weise nach unten genauer energisch weitergegeben. Währenddessen hatten die Sozialdemokraten in aller Geheimlichkeit einige Mitglieder vom „freien“ Metallarbeiterverband in das Stummische Werk verpflanzt und heute befinden sie schon einen kleinen Stammbaum von Mitgliedern. Die angeführten Beispiele dürften genügen, um zu zeigen, wie man im „Königreich Stumm“ läufige „Patrioten“ aussiebt.“

Wir wissen den Schmerz des Zentrumsteiles zu würdigen. Es hat Grund, zu klagen. Denn die Gründung der christlichen Gewerkschaften und ihre Protektion durch die Geistlichkeit und anderes formtes Perpetuum ist doch nur auf die Absicht zurückzuführen, die katholischen Arbeiter zu behindern, den freien, selbständigen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie beizutreten. Wer weiß, wie oft haben wir ausgeführt, daß sie damit der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Solidarität der Arbeiterklasse vorarbeiten. Die christliche Gewerkschaft aus selber oder später wohl eben in diese Solidarität übergehen. Dagegen hilft alles nichts. Und dieser Prozeß würde auch dann sich fortsetzen, wenn die christlichen Gewerkschaften von „christlichen“ Unternehmen nicht so drangsaliert würden, als die „Cölnische Volkszeitung“ es bestellt.

Eine wohlerwürdige Rückbildung. In Meissen wurden von den „christlichen“ schamlosen Verleumdungen über den Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes, den Genossen Schneiders, berichtet. Aus Reib über das Wachstum des Fabrikarbeiterverbandes in Meissen warf man ihm vor, er habe sich von einem Unternehmer bestochen lassen. Deshalb sei der Streit so schnell beigelegt worden, und ähnliche Räubergeschichten. Lange wollte es nicht gelingen, einen der Vorwürfen so zu fassen, daß man ihn zur Abrechnung ziehen konnte. Endlich gelang es, und Genosse Schneider lud den Erwähnten vor den Friedensrichter, vor dem er völlig heimlich gestand, daß er nur anderem nachgedacht hätte, und himmelhaft bat, ihn nicht vor den Richter zu bringen. Er unterschrieb dann folgende Ehrenerklärung, die im „Meissner Tageblatt“ und im „Volksfreund“ abdrucken ist:

„Ich Ende unterzeichnete erkläre hiermit, daß meine Behauptung, der Vertrauensmann des Verbandes der Fabrik, Land-, Hüttenarbeiter und Arbeiterinnen sei den Unternehmern bestochen worden, jeder fälschlichen Unterlage entbehrt. Ich erkläre weiter, daß ich die Behauptung verbreitete habe, um die freien Gewerkschaften zu bissern und für die christlichen Gewerkschaften Propaganda zu machen.“

Ich bitte hiermit Herrn Schneider um Vergebung und verspreche, in Zukunft derartigen Gerüchten entgegentreten zu wollen.

Ernst Richter,

Mitglied des Christl. Verbandskons. Arbeiter.

Diese Aktion mögen sich andere Verleumder der Arbeiterbewegung gefällig hinter die Ohren schreiben.

Ein unverständliches Urteil. Dieser Tage ging eine Notiz durch die Presse, wonach der Kassierer des Zweigvereins Nordhausen des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, Ahlert, wegen Unterschlagung von Verbandsgeltern zu zwei Monaten Gefängnis und der Vorstehende der Centralstelle (Sitz des Verbandes und des Centralvorstandes in Hannover), Bauer, wegen Begünstigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt seien. Diese Notiz bedarf der Erklärung, denn die Sache und das Urteil sind unverständlich. Die Zahlstelle Nordhausen des Brauereiarbeiterverbandes war mit der Abrechnung für das 3. und 4. Quartal 1905 im Stadtfund. Als wiederholte Nachträge des Verbandsvorstandes Bauer erfolglos blieben, beauftragte er den Hauptkassierer, nach Nordhausen zu reisen, um die Abrechnung, die auf den 11. März festgestellt wurde, dort vorzunehmen. Bevor es aber dazu kam, kam am 10. März der Kassierer des Zweigvereins in Nordhausen, Ahlert, nach Hannover, und erklärte, daß er nicht abrechnen könne, der Vorstehende Bauer möge ihm die Kritik bis zum 1. April lassen, dann werde die Abrechnung erfolgen; das Geld habe die Zahlstelle Nordhausen ihm bis dahin leisest überlassen. Der Vorstehende Bauer stand vor einer vollendeten Katastrophe und wohl überall mußte er die Abrechnung bis zum 1. April hinauszögern. Am 31. März resp. 2. April (bei 1. April war ein Sonntag, an dem die Centralstelle geschlossen ist, so daß Poststempel nicht bestellt werden) sandte denn auch Ahlert von Nordhausen durch Postanweisung den rückständigen Beitrag, insgesamt M. 441,95, ein. Damit war die Sache erledigt, abgesehen natürlich davon, daß sich der Verband resp. die Zahlstelle Nordhausen mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte. Auf irgend welche Weise hörte nun wohl die Polizei davon und Ahlert wurde wegen „Unterschlagung“ unter Anklage gestellt. Bei seiner Vernehmung teilte er den Sachverhalt so mit, wie er oben wiedergegeben ist, und Bauer konnte das seinerseits nur bestätigen. Darauf wurde auch er wegen „Bestätigung“ angeklagt, und es erfolgte das oben mitgeteilte Urteil, gegen das natürlich Revision angemeldet ist. Sowohl die offenkundige Läsfache, wie sie von allen Beteiligten bestätigt wird, das Urteil bildet deshalb für alle Beteiligten ein Rätsel, für das es keine Erklärung haben.

Hoffentlich wird sich das Reichsgericht auf einen anderen Standpunkt stellen, denn würde dieses Urteil vorbildlich werden, so würden bald alle Gewerkschaftsvorstände hinter Schloß und Riegel sitzen. Die vom Vorstand des Brauerverbandes gelobte Praxis ist, so glauben wir anzunehmen zu dürfen, die Praxis der Gewerkschaften. Fazit stets wird

dem Veruntreuer von Verbandsgeltern eine Gnade gewährt, um das Geld wieder herbeizuschaffen, und um ihn so vor dem Gericht und dem Gefängnis zu bewahren. Das soll nun plausibel, nachdem es seit Jahrzehnten so gehalten worden ist, nach der Auffassung des Nordhäuser Staatsanwalts. Begünstigung einer Unterschlagung sein! Mit diesem Rechtsgrundsatze könnte tatsächlich allen Gewerkschaften die Geißel der Prozeß gemacht werden, vorausgesetzt, daß sich noch ein zweiter Staatsanwalt und ein zweites Gericht finden, die den schönen Grundsätzen ihrer Nordhäuser

* * * * *
Die Streitklausel bei Vergabeung öffentlicher Arbeiten. Im Jahre 1903 in das Kaiserliche Statistische Amt in eine Sammlung des Materials bezüglich der Bedingungen für Vergabeung öffentlicher Arbeiten eingetreten. Es hat damals von 97 deutschen Städten die Submissionsbedingungen zugestellt. Dieses Material ist erheblich vermehrt worden und in Städten soll die Beprüfung der empfohlenen Fragen des Arbeitsverhältnisses bei Vergabeung öffentlicher Arbeiten in den Verträgen zur Arbeitsfähigkeit verhindert werden. Die neuen Rümmen des „Reichs-Arbeitsblattes“ nimmt einige Ausführungen über die sogenannte Streitklausel vorweg, von denen wir folgende mitteilen:

„Die Möglichkeit der Einbalzung vertraglich übernommener Termine hängt für den Arbeitgeber davon ab, ob er in seinen Anordnungen nicht durch einen Streit der beschäftigten Arbeiter gestört wird. Umgekehrt liegen die Auswirkungen auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter zum Teil darin, daß sie durch die strenge zeitliche Bindung des Arbeitgebers, die Arbeit an einem bestimmten Termin zu vollenden, in der Regel auf einen starken Druck auf ihn in der Richtung der Gewährung ihrer Arbeitsbedingungen auszuüben. Es ist daher aus dieser Gegenfähigkeit der Interessen nicht weiteres verständlich, daß die Aufnahme einer Bestimmung, nach der im Falle eines Streits die Vertragstermine um die Dauer des Streits präzisiert werden sollen, von der anderen Seite ebenso lebhaft gefordert wird, als von der anderen Seite bekämpft wird. Für die öffentlichen Behörden und die Stadtverwaltungen, die zu diesem Interessenkonflikt Stellung zu nehmen haben, liegt die Sache so, daß sowohl die Annahme wie die allgemeine Ablehnung der Klausel eine Parteinahe für die Vertragssparte bedeutet. Wird ohne weitere Prüfung die Einzelheiten allgemein in die Submissionsverträge die Bestimmung aufgenommen, daß Streit als höhere Gewalt gilt und daher die Fristen des Vertrages sich um die Dauer des Streits verlängern, so wird dadurch der Standpunkt des Unternehmers in etwaigen Arbeitsstreitigkeiten ohne Prüfung seiner Berechtigung im Einzelfalle ganz generell als berechtigt anerkannt und den Arbeitern die Möglichkeit, bei wirklich vorhandenen Missständen aus dem Submissionsvertrag einen Druck auf die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen herzuuleiten, genommen. Außerdem wird es generell abgelehnt, wegen eines Streits der beschäftigten Arbeiter die Fristen zu verlängern, auf deren Rücksichtnahme meist hohe Konventionalstrafen stehen, so gibt man den Unternehmern dem Druck der Arbeiter auch bei Stellung unberechtigter Forderungen preis.“

Die Erwähnungen sind für die Stellungnahme der Behörden und auch beider Stadtverwaltungen mehr oder minder maßgebend gewesen. Bei dieser Schlage muß im allgemeinen die Stellungnahme der Behörde dahingehen, daß sie nicht generell die Streitklausel annimmt oder ablehnt, sondern, daß sie sich die Einzelheiten annimmt oder fällt zu fall vorbehält, um die Berechtigung der beiden Standpunkte von Fall zu Fall zu prüfen und dann nach zu entscheiden. Dies ist denn auch der Standpunkt, der seitens des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten in einem Antwortschreiben an den Verband der Bauunternehmen zu Berlin eingenommen wird, in dem er es als mit den staatlichen Interessen unvereinbar erklärt, die Einführung der Streitklausel in die von den Behörden abzuschliegenden Verträge ein für alle mal anzurufen. In dem gleichen Sinne entscheidet sich auch der größte Teil der Stadtverwaltungen. Darüber hinaus findet sich noch, in Bayern insbesondere, die Verpflichtung beider Parteien, das Gewerbeamt oder das Einigungsamt anzuwalten oder sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen.

Gruppieren man die Städte, deren Bestimmungen das Kaiserliche Statistische Amt untersucht hat, nach den drei erweiterten Geschäftspunkten: erstens unbedingte Ablehnung der Streitklausel, zweitens unbedingte Annahme der Streitklausel, drittens Entscheidung von Fall zu Fall, so ergibt sich folgendes Bild: Von den 57 Städten, die untersucht wurden, sind es nur zwei, die die Streitklausel unbedingt ablehnen. Es sind das Bielefeld und Mülhausen i. S. Den entgegengesetzten Standpunkt und unbedingte Annahme der Streitklausel nehmen vier Städte ein, nämlich Schöneberg, Altona, Gera und Stettin.

Die Entscheidung von Fall zu Fall ist das Geheimnis. Auf diesen Standpunkt haben sich geteilt: München, Frankfurt a. M., Chemnitz, Charlottenburg, Augsburg, Straßburg i. S. sowie der Dresdener Entwurf.

Die große Mehrheit der untersuchten Städte erwähnt die Streitklausel in ihren Vertragsbedingungen bei Vergabeung öffentlicher Arbeiten überhaupt nicht. In der praktischen Wirkung läuft das darauf hinaus, daß die Städte in der Behandlung dieser Frage keine Bindung eingegangen sind, weder nach der einen, noch nach der anderen Seite, und daher der Behandlung von Fall zu Fall durch sie an sich Schwierigkeiten nicht entgegenstehen.“

Die Frage der Streitklausel ist hauptsächlich von den Baugewerksunternehmens-Organisationen in gewerblichen Arbeiter- und Unternehmertümern. Wir haben sie früher schon öfter besprochen. Die Unternehmung, die das „Reichs-Arbeitsblatt“ zwischen den hier in Frage kommenden Interessen der Unternehmer und den Arbeitern macht, ist in allen Gemeinden entsprechend, aber nicht einschärfend. Das Unternehmertum hat die Streitklausel stets nicht als ein Mittel zu ihrer vertragsgeschützten Sicherung angesehen, sondern vor allen Dingen als ein Kampfmittel gegen die Arbeiterorganisationen. Daß die Arbeiter die ihnen gün-

siegte geschäftliche Konjunktur bemühen, um durch einen Streik schnell die Bewilligung ihrer Forderungen zu erreichen, ist selbstverständlich und ihr gutes Recht. Das Unternehmertum kann einen moralisch und rechtlich begründeten Anspruch darauf, in diesem Kampf die Unterstützung der mit ihr gleichmäßig verbundenen Behörden zu erfahren, nicht erheben. Diesenigen Behörden: aber, die ihm die Streiklaufe einräumen, gewähren tatsächlich solche Hilfe gegen die berechtigten Interessen der Arbeiter. Sie wagen überdem ein für die öffentlichen Interessen höchst bedenkliches Experiment. Mit Einräumung der Streiklaufe schaffen sie die Gefahr einer förmlichen Sanktionierung schwindelhafter Geschäftspraktiken. Ein Unternehmer, der diese Klaue sieht sich hat, kann sich seinen vertraglichen Verpflichtungen gegen die darstellende Behörde sehr leicht entziehen, indem er seine Arbeiter durch widerwärtige Behandlung zum Streik zwingt. Nicht selten mögen Unternehmer an solchen Praktiken ein erhebliches Interesse haben; die Streiklaufe erlauben den gewissenlosen Nutzenutzung; mit ihrer Hülfe kann der Unternehmer sich seiner Verbindlichkeit entziehen. Deshalb lehnen die weiteren Behörden die Streiklaufe ab. Wir lassen auch die Entwicklung von Fall zu Fall nicht gelten; grundsätzlich soll sie bei Vergebung öffentlicher Arbeiten ausgeschlossen sein.

Ginge es nach unseren Augewerksämtlern, so müßte die Gelehrte die Arbeitsniedrigung als formale Mejaussetzung und die Einführung der Streiklaufe in alle behördlichen Baoularne obligatorisch machen. Sie haben das schon vor Jahren offen gefordert. Auf diese Weise würde die Gelehrte den Baumeistern einen gegen die Arbeiter gerichteten Kampfprivilegium und zugleich ein Privilegium standen Betriebs am öffentlichen Wegen sichern.

Arbeitswillige Mordbuben. In Berlin wurde von einem arbeitswilligen Arbeitnehmer der Kostenflüchter Schmidt niedergestochen. Schmidt überwachte als Streikposten den Kostenflücher der Firma Rappo an der Großgörschenstraße. In der Nähe des kleinen Erzherausches am Tempelhofer Feld im Wohlberg trafen er den Kutscher Schulz, der bei Rappo Arbeit gehabt wollte. Auf die Frage des Schmidts, ob er arbeiten wolle, antwortete Schulz: „Ja, was geht denn dich das an?“ Als Schmidt ihn auf den Streit aufmerksam machte, zog Schulz ein Dolchmesser und versteckte damit dem Streikposten zwei Stiche in die rechte Seite und einen Stich unter das rechte Auge. Der Kutscher entfernte sich dann, ohne sich angeblich um den Niedergestochenen zu kümmern. Dieser wurde von Kollegen zur nächsten Unfallstation gebracht und dort verbrunnen. Sein Zustand ist bedeckt. Der Täter befindet sich noch in Freiheit. Das „Berliner Tageblatt“ fügt dieser Meldung die unverschämte Bezeichnung an: „So traurig an sich auch der Vorfall ist, so bemerkst du doch nur, daß sich die Streikposten aller aufhebenden Tätigkeiten enthalten sollten.“

Der Meuchler unseres Neffen Fleischmann in Nürnberg befindet sich ebenfalls noch auf freiem Fuße. Ja, er ist sogar mit seinem Bruder, dem Fabrikanten Maurer, in die Sommerfrische gefahren. So werden arbeitswillige Mordbuben im Reich der „Gottessucht und frommen Sitten“ behandelt!

Wo steht der Verräter? Eine Berliner anarchistische Zeitschrift hat nunmehr auch einen Teil des Protocols der Konferenz veröffentlicht, der von Abwehrmaßregeln gegen Aussperrungen handelt. Diese Veröffentlichung kann nur zu dem ausgesprochenen Zweck erfolgt sein, die gesamte Arbeiterbewegung zu schwächen. Wahr wird auch diese Absicht nicht in Erfüllung gehen, um so weniger, da es sich auf der Konferenz nur um Erörterung von Vorschlägen handelt und nicht um Beschlüsse, die in kürzeren oder längeren Fristen ausgeführt werden sollten. Immerhin ist die Angelegenheit so wichtig, daß man mit allem Nachdruck fragen muß: wo steht der Lümp, der den Anarchisten das Protocoll gegeben hat? War er unter den Konferenzteilnehmern oder ist er im Geschäft der „Borharts“-Druckerei oder wo sonst? Das wird ja leider kaum mit Sicherheit feststellen sein. Sollte es aber herauskommen, dann an den Bringer mit dem Schuß; jeder ehrliche Mensch müßte ihm ins Gesicht spucken.

Deutschland, das Land der Schulen. Aus Schlesien wird berichtet: Im Kreise Habschweidt werden in Wölfsgrund von einem Lehrer 152, in Schredendorf von vier Lehrern 578 Schülinder unterrichtet, wofür die Lehrer M. 1000 Grundgehalt und alle drei Jahre bare M. 120 Zulage erhalten; Patron ist Prinz Albrecht von Preußen. — In Bilgut, Kreis Oels, unterrichten zwei Lehrer 199 Schülinder; Patron ist der Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen. — In demselben Kreise kommen in Elgut 138 und in Kortitz 131 Kinder auf eine Lehrstelle; Patron: der König von Sachsen! Doch selbst da, wo die Preußische Königin, die Regierung die Patronatsrechte ausübt, ist es nicht besser. So kommen in Gorlitz, Kreis Schweidnitz, auf einen Lehrer 165, in Polnisch Hammer, Kreis Trebnitz, 146, in Neukirch, Kreis Waldeburg, 183, und in Carlowitz, Kreis Breslau-Land, 160 Kinder. Die adeligen Landesherren, wie die Pleiß, Hochberg, Hebebrand und andere, folgen natürlich diesem Beispiel. Darum waren im Wintersemester 1904/05 im Regierungsbezirk Breslau 182 Schulen, in denen mehr als 90 Kinder auf eine Lehrkraft kamen. Und die kleinen Städte stehen den Landpatronen nicht nach. In dem Städtchen Volkenhain ist seit 1901 eine katholische Volksschule im Rathaus „Zum preußischen Hof“ untergebracht, allwo die Schüler wegen Platzmangels zum Teil auf Gartenstühlen sitzen und ihre schriftlichen Arbeiten auf den Fensterbrettern verrichten.

Kommentar überflüssig!

Die Streiks in Frankreich im Jahre 1905. Die Veröffentlichungen des französischen Arbeitsamtes bringen alljährlich eine Statistik über die Streiks und Aussperrungen. Nach der letzten Statistik, sonden im Jahre 1905 insgesamt 830 (1904: 1026) Streiks mit 177 666 (271 097) direkten Beteiligten statt. Der Verlust an Arbeitsstunden beträgt 2 522 080 (3 227 587).

Während also die Zahl der Streiks und der Streikenden gegen das Vorjahr zurückging, wuchs dagegen die Durchschnittsdauer der Streiks ganz erheblich, sie stieg von 11 Tagen im Jahre 1904 auf 14 Tage im Jahre 1905. Nach Berufen waren hauptsächlich beteiligt: die Textilindustrie mit 180 Streiks und 25 446 Beteiligten, die Bauindustrie mit 121 Streiks und 32 352 Beteiligten, die Metallindustrie mit 112 Streiks und 26 540 Beteiligten, die Webereiindustrie mit 94 Streiks und 16 284 Beteiligten und die Transportindustrie mit 87 Streiks und 16 886 Beteiligten. Die übrigen Streiks verteilten sich auf andere Berufe. Von den Streiks waren

erfolgreich 184 Streiks mit 22872 Beteiligten
teilweise erfolgreich 861 " 125016 "
erfolglos 285 " 29778 "

(In Prozenten umgerechnet und verglichen mit dem Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre ergibt sich folgendes Verhältnis)

	Streiks 1905	Jahres- durchschnitt 1894—1905	Beteiligte 1905	Jahres- durchschnitt 1894—1905
Erfolgreich	22,17	28,65	12,87	14,29
Teilw. erfolgreich	43,50	36,11	70,37	60,62
Erfolgslos	34,33	39,24	16,76	25,09

Es ergibt sich hieraus eine sehr beträchtliche Verminderung der erfolgreichen Streiks, und zwar von 28,65 p. 100 der Streiks im Jahresdurchschnitt der letzten zehn Jahre auf 22,17 Streiks im Jahre 1905. Beträchtlich noch ist die Zahl der Beteiligten gefallen. Dagegen sind allerdings auch ganz erheblich die Zahl der erfolglosen Streiks, während die Streiks mit teilweise Erfolg entsprechend sich erhöhten. Doch muß hier eingeknickt werden, daß in der Regel alle Streiks, wo die Unternehmer gegen ein nichtslagiges Verbot geben, als „teilweise erfolgreich“ gelten.

Das Resultat der Streiks nach Industrien ist prozentual folgendermaßen:

	Erfolgreiche Streiks	Teilweise erfolgreich	Erfolgslos
Lebendindustrie	26,96	52,72	20,32
Textilindustrie	11,07	78,57	18,36
Bauindustrie (Maurer, Stukkateure, Bauhülfearbeiter)	9,70	89,45	7,85
Steinindustrie (Steinmeyer, Ziegelarbeiter, Töpfer)	8,17	94,59	2,24
Metalwerke	18,96	74,75	18,29

Bei 677 Streiks gehörten die Arbeiter sämtlich oder teilweise einer Organisation an, während 158 Streiks zu den „wilden“ gerechnet werden müssen. Die Schwäche der Gewerkschaften tritt noch greller durch die Tatsache in Erscheinung, daß nur in 56 Streiks eine regelmäßige Streikunterstützung gezahlt wurde. Die Ursachen waren: Lohnerschöpfung 471 Streiks, Maßregelungen 271 Streiks und Arbeitszeitverkürzung 183 Streiks. Auch daraus ergibt sich eine bedauerliche Schwäche der Organisationen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fornerher nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:

Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Laage (Sperre über Körff), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Görlitz (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Schlesien:

Breslau (Streik der Plattensetzer), Görlitz (Streik);

Posen:

Rawitsch (Sperre über Pustal);

Brandenburg:

Bötzow, Dahme i. d. M. (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Fläming (Differenzen), Alt-Garbe (mehrere Sperren), Göpenick (Sperre über Schulze & Schröder aus Hannover), Spandau (Sperre über Makowke), Wittenberge (Massregelung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Gartelgen (Streik), Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik);

Königl. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Otto Dietze in Wahren, Halleschestrasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser-Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Möckern, Sohrstrasse, für Rabitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Schröder in Leipziger Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau (Aussperrungen), Grossröhrsdorf, Reichenbach I. V.,

Zittau, Freiberg, Mylau, Netzschka (Streiks), Limbach (mehrere Sperren), Plauen (Sperre über Mannel), Penig (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Emden, Münster (Zimmererstreik), Jork-Estebrügge (Sperre über den Neubau Headler in Cranz a. d. Elbe), Aurich, Lüneburg (Streiks), Velzen (Aussperrung);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik), Barzburg (Differenzen);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperre über Schmidt), Rudolstadt (Sperre über Fischer), Jenas (Sperre in dem Universitätsneubau);

Rheinprovinz:

Vohwinkel, Ratingen, Neunkirchen-Wiebelskirchen-Friedrichsthal, Kirn a. d. Nahe (Streiks), Köln (mit Aussperrung bedroht), Opladen (Sperre über Lindner aus Barmen), Neviges (Sperre Gerharts und Husemann);

Westfalen:

Siegen (ganzes Siegerland) (Aussperrungen);

Bayern:

Nürnberg-Fürth (Aussperrung), Bayreuth, Burgfarrnbach, Landshut, Augsburg (Streiks);

Hessen:

Borsdorf, Dillenburg, Weilburg, Bensheim (Streiks), Heppenheim (Sperre über Herschel und Held), Baudenbach bei Heppenheim, (Sperre über Horneid), Frankfurt (Sperre über die Kaminbauflame Hof);

Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Colmar, Hassloch (Streiks), Metz (Sperre), Schwanzen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Mundenheim (Sperre über Fabrik Glinn), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperre über Schmal und Schweizer), Philippsburg (Sperre über Gebr. Gillier);

Württemberg:

Stuttgart (Gipsstreik);

Fleisenleger:

Nürnberg (Sperre über Ayerle), Breslau (Differenzen), Wanne (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert).

Oesterreich:

Pilsen, Warnsdorf i. Böhmen, Leibnitz i. Steiermark (Streiks);

Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks). *

Zugang von Verbandsstolzen wird gewünscht nach Ruhrort-Hamborn. Meldungen im Verbandsbüro Duisburg-Beeck, Geldern. 41.

Gau Stettin. Die Lohnbewegung im Bezirk Potsdam-Jagitz-Löcknitz zeigt, daß bei Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines großen Bezirks eine Organisation der Unternehmer notwendig ist. Beim Verhandeln ohne Organisation hat jeder Unternehmer seine besondern Wünsche und Schmerzen, so daß es fast unmöglich ist, einheitliche Bedingungen durchzubringen. Die bedeutendsten Firmen sind C. A. Schmidt-Vönnitz und Henschel-Pajewalz. Naturngemäß geht der Hauptstreit um diese beiden Geschäfte. Schmidt sichert sich einen Stamm-Arbeitskräfte aus dem Bezirk Zehnitz und Henschel stützt sich auf Bierow. Die dortigen Maurer waren bis 1904 unsere Mitglieder. Dann wurde auf Betreiben des neuen Eigentümers eine katholische Fachabteilung errichtet. Uns wurde auf Betreiben Henschels die Tarifgemeinschaft vor die Türe gelegt. Die Mitglieder mußten einen Revers in Uniformenformat unterschreiben, daß sie mit dem bisherigen Lohn aufzufinden seien. Edon 1905 sahen die Unternehmer einen, daß ohne Tarif schwer auszufommen ist, sie mußten 874 g. zahlen. Im Frühjahr 1906 hat C. A. Schmidt mit den Bürgern den von uns erwarteten Lohn vereinbart mit einer Bulage von 1 g. für 1907. Auf der selben Grundlage sollten wir einen zweijährigen Vertrag eingehen; Schmidt sollte bot es uns an. Eine Vereinbarung war möglich, wenn Schmidt die zehnjährige Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr, auf allen Arbeitsstätten, und einen Stundenlohn von 40 g. für 1907 bewilligt hätte. Aber die Verhandlungen waren mehr ein Diktieren, es brachte kein Ende der Pleitestift beim Streichen unserer Anträge. Nun arbeitete ein Teil der Kollegen von 6 bis 6 Uhr, andere von 6 bis 7 Uhr. Verhandlungen kamen zu keinem Resultat führen; etwas Einheitsliches mußte geschaffen werden, und so kam es am 6. August zur Arbeitseinstellung. Rund 100 Kollegen legten die Arbeit nieder. Gestritten wurde um einen Lohn von 40 g. pro Stunde, eine Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr und Bezahlung der Laufzeit. Nach einer Woche waren alle Kollegen zu den neuen Bedingungen in Arbeit. Bisher haben 18 Unternehmer die Forderungen schriftlich anerkannt. 14 Unternehmer bewilligten stillschweigend, als die Arbeitseinstellung drohte. Henschel-Pajewalz berief sofort nach Eingang unseres Schreibens und Tarifentwurfs zwei Mitglieder der Fachabteilung zu sich und vereinbarte mit ihnen 88 g. bis März 1907; von da an 40 g. Die Laufzeit sollte bleiben wie bisher. Es soll also bis 7 Uhr weiter gewerkelt werden. Zum ersten Male bieten die Bürobediensteten zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen die Hand; 1905 waren sie durch Henschels Worthruck zwingen. Noch ist ein endgültiger Abschluß vorgezogen, das Verhältnis kann also noch nachgeholt werden. In Arbeit stehen nur 21 Poliere, 371 Geleit, 56 Schlinge und 108 Arbeiter. Unser Lohn erhalten 286 40 g. und darüber; 41 erhalten 88 g. und 45 begnügen sich mit 874 g. 813 Kollegen arbeiten zehn Stunden. Im Bezirk Pajewalz bleiben 58 bei der alten Länge. Mit vier Unternehmern des Bezirks Zehnitz ist ein Vertrag bis zum

meister. Uller übernahm die Führung. An den Streitkosten den kann man seinen Ärger nicht auslassen, da sie alle anderweitig untergebracht sind, daher nutzten die vier Streitposten herhalten. Am Bau des Neubaus Schmidt schafften zwei Arbeitswillige; mit diesen wollten zwei Streitposten Blütsprache nehmen und warteten auf den Feierabend. Hierdurch hatte Herr Wind bestimmt, ging hin und sagte den beiden Kollegen eine Menge Schmeicheleien, worauf sie selbstverständlich antworteten und verlangten, man solle sie in Ruhe lassen oder sie würden sich auf andere Art Ruhe verschaffen. Darauf ging der Meister Baumeister ins Gasthaus und forderte dort die Weiberburkuren auf, die Streitposten zu berprüfen, was diese rohe Gesellschaft auch unverzüglich ausführte. Sie fielen, ohne ein Wort zu sagen, über einen der ahnunglos Dastehenden her und warfen ihm dreimal zu Boden; der andere konnte sich durch seine Flucht retten. Nun wird wohl jeder rechtlich denkende Mensch annehmen, daß die Polizei die beiden rohen Kumpane verhaftete; aber weit gefehlt, der Geprägte wanderte ins Loch. Am anderen Tage wurden der Verbandssekretär, sowie ein Kollege des Geprägten beim Gemeindeammann vorstellig und forderten, man solle den Unschuldigen freilassen, da er in Krüppingen ansässig sei und obenkrein kein Grund zur Verhaftung vorliege. Der Gemeindeammann erklärte nun, der Streitposten sei dem Gericht ausgeliefert und das Streitposten seien Grund genug zum Verhaften; die Schweizer Bürger seien jetzt in großer Erregung über das fortwährende Streiten der Ausländer, und dieser Stimmlung müsse Rücksicht getragen werden, übrigens steht in den schweizerischen Gesetzen nichts, daß das Streitposten eben erlaubt sei, das Gesetz befolge nur, daß die Arbeiter streiten dürfen. Er sei der Meinung, daß beim Streiten das Postenstehen überflüssig sei. Der mitanwesende Polizist zeigte ebenfalls recht viel „soziales Verständnis“, indem er sagte, „im Sommer sind die Streitenden so faul zum Schaffen und im Winter kommen sie zu uns Suppenketteln“. Das aber die Streitenden durch ihre Steuern den sauberen Polizisten vor dem Suppenketteln schützen, scheint er nicht zu begreifen; die Maurer aber wollen durch den Streit erreichen, daß auch sie höhere Würde bekommen, die sie im Winter vor dem Betteln schützen.

In Zürich hat das Streitpostenberbot und Militäraufgebot dazu beigetragen, daß die Arbeiter unterliegen müssen, aber aus der Mangel an Organisation, Disziplin und Geld ist fühlbar daran, daß in diesem Jahre der Kampf erfolglos blieb. Die Zürcher Maurer haben nur beschränkt, über Zürich die Sperrre zu verhindern, um die Baumeister für das nächste Jahr mir zu machen. In Zürich fehlt es auch nach Aussage der Meister an guten Maurern; die deutschen Maurer können die Zürcher dadurch unterdrücken, daß sie Zürich meiden; obenkrein ist es auch nicht verloren, die Puscherer der Streitbrecher zu reparieren, für die Maurer in Zürich aber muß nun das Schimpfen und Draben aufhören; denn dadurch ändert man die Sache nicht mehr; jetzt heißt es: frisch an die Agitation! Die Organisation muß ausgebaut werden, damit man im Frühjahr schlagfertig ist. Auch den Kollegen, die während des Streits abgeföhrt sind, muß man klar machen, daß sie wieder mithelfen müssen; denn wenn das auch nicht reicht, was sie taten, so ist es bei dem Mangel an Geld zur Unterstützung, sowie bei der fehlenden Disziplin begreiflich. Über die Art der Agitation dürfte nun auch kein Zweifel mehr herrschen; durch Versammlungen allein erreicht man den Zweck nicht, die Agitation muß auf der Baustelle und in der Wohnung ausgeübt werden. Einzelnen muß man die Fahnenflüchtigen auffinden und sie aufläfern; dies scheint im Anfang zwar schwer, aber der Erfolg ist desto sicherer. Auch von der Illustrie dürfen die Maurer in Zürich geholt sein, doch es genügt, daß den Streit zu beschließen, um andere Arbeiter für die Streitunterstützung sorgen zu lassen. Diese Seiten sind vorbei; selbst ist der Mann, und wenn es so gemacht wird, wie wir hier angeführt haben, dann werden die Unternehmer schon Respekt bekommen; denn auch die Meister richten sich nach der Stärke unserer Organisation, nicht nach dem Geschrei, das in den Zeitungen gemacht wird. Abern organisierten Arbeitern zugunsten, die Kosten der Maurerstreit zu tragen, ist wohl auch etwas breit, wenn man in Maurerkreisen die Anzahl verbreitet, die eigenen Beiträge seien zu hoch. Also selbst etwas leisten und das jetzt Gelernt verwerfen, dann ist der Kampf nicht umsonst gewesen.

Im Neuhäuser ist ein großer Teil der Arbeitswilligen zum Militär eingezogen, und wenn die Unternehmer keinen Erfolg dafür schaffen können, dürfte es wohl noch Verhandlungen kommen. Streitpostenstehen ist auch hier verboten, weil eben die Herren Meister es wollen, und zweit die Bürger erzög sind.

Ein verhinderter Kampf ist der Streit in Lausanne. Ein altes Mittel hatten hier die Meister probiert, und behielt mit Erfolg. Eine ganze Woche lang wurde in den bürgerlichen Zeitungen geschrieben, die Meister und die Organisation der Maurer würden am 18. August zu Verhandlungen und sicher auch zu einer Vereinbarung kommen. Die Verhandlung fand statt; die Meistervertreter erklärten sich mit den Forderungen einverstanden und wollten am Abend in ihrer Versammlung für Annahme des Vereinbarungen eintreten. Ueber die Meisterversammlung drang nichts in die Öffentlichkeit; in jeder kleinen und großen Dorfzeitung des ganzen Kantons aber war zu lesen: „der Streit der Maurer in Lausanne ist beendet, die Maurer haben gesiegt“. Die Folge davon war, daß am Montag und Dienstag darauf die Maurer in Scharen eintrafen, die vorher in Lausanne geschafft hatten; die Meister schmunkelten und teilten der Streitkommission mit, sie hätten in ihrer Versammlung die Forderungen der Maurer wieder abgelehnt. Jetzt galt es, die Zugerechte abzuschreiben, was auch zum größten Teil gelang; die anderen aber schlossen sich den Streitenden an, und nicht ein Maurer wurde zum Streitbrecher. Für diesen hatten sich die Herren verrechnet. Den Maurer hatten sie aber noch nicht verloren. Die Bemerkbarkeiten, meist auch Maurer, wurden aufgefordert, Streitbrecherdienste zu leisten, und obwohl in den Bemerkbarfabriken viel Arbeit für auswärts vorliegt, entließ man einige Arbeiter, die sich weigerten, Streitbrecherarbeit zu verrichten. Die Bemerkbarfabriken sind

in den Händen der Baumeister, also waren die Bemerkbarkeiten ja ihre Arbeiter und sie konnten nach ihrer Meinung mit ihnen machen, was sie wollten. Die Bemerkbarkeiten sind bis auf den letzten Mann organisiert. Am 28. August fand, ohne daß es öffentlich bekannt wurde, eine Versammlung statt, an der alle Mitglieder teilnahmen; der Streit wurde beschlossen, und am anderen Morgen arbeitete kein Mann. Das gab lange Gesichter bei den Meistern, und noch längere wird es geben, wenn die Meister ihre Arbeit verlieren, und das wird kommen. Eine Anzahl Neubauten sollen begonnen werden. Die Auftraggeber hatten das Projekt zum Beginn der Bauten verlängert, doch jetzt dauert es ihnen zu lange; deshalb haben sie sich an den einzigen Baumeister, der am Anfang an die Forderung der Streitenden gewandt, befreit, umfassende Übernahme der Arbeiten gewandt. Dadurch wird zwar der Streit nicht beendet, aber die Streitenden bekommen Arbeit und die Organisation spart die Streitunterstützung. Es wird also doch wahr, in der Schweiz wird es Maurer geben, und schon in diesem Jahre, die nur neuen Stunden arbeiten.

Aus den meisten Sektionen laufen Geschwörer ein, daß sich die deutschen Mitglieder, die nach der Schweiz kommen, weder an noch abmelden. Dem könnte vielleicht abgeholfen werden, wenn man mit diesen Kollegen ein ernstes Wort reden würde, wenn sie sich in einem deutschen Zweigverein mit den Worten anmelden: „Ich bin in der Schweiz“. Wir verlangen von ihnen, daß sie hier beim Ausbau der Organisation helfen und nicht durch schlechte Beispiele andere zur Nichtachtung der Statuten veranlassen.

Gestohlen oder verloren gegangen ist das Verbandsbuch 28/14 des Kollegen Hans Schläfer, eingetreten in Altona.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskalender ist in seiner ersten Ausgabe (20 000 Exemplare) überzeichnet. Um die Höhe der zweiten Ausgabe festzustellen zu können, ist es notwendig, daß uns der noch vorhandene Bedarf mitgeteilt wird. Eine ganz Anzahl Zweigvereine hat überhaupt noch keine Bestellungen gemacht und dürfen wir wohl erwarten, daß diese das Verhältnis recht bald nachholen.

Mit dem Verband beginnen wir in dieser Woche; bis zum 22. September dürfen alle bis zum 1. September bestellten Exemplare den Zweigvereinen zugegangen sein.

Die Broschüre, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit, ist bis jetzt in 100 000 Exemplaren hergestellt. Die gesamte Ausgabe ist auch erfreulicherweise bereits vergriffen, so daß eine dritte Ausgabe hergestellt werden muß. Wir erwarten weitere Bestellungen, besonders von solchen Zweigvereinen, die bis jetzt Bestellungen noch nicht gemacht haben.

Das Buch „Arbeit und Kultur“ ist noch vorrätig. Die Ansicht des sehr interessanten und lehrreichen Buches kann den Mitgliedern nicht dringend genug empfohlen werden.

tarifverträge. Eine ganze Anzahl Zweigvereine hat uns ihren in diesem Jahr abgeschlossenen Tarifvertrag noch nicht zugesandt. Wir erwarten nun mehr die Zustellung, und zwar in fünf Exemplaren, wenn der Tarif gedruckt ist und in zwei Exemplaren bei handschriftlicher Ausfertigung.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsstände zu überreden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzaubern ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom

26. August bis 1. September für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn Barth-Letzberg (Frau), Verb.-Nr. 88 819; Gerald Beurs-Düsseldorf (Frau), 65 216; Heinrich Böse-Berlin, 4087; Herr Schöffer-Chemnitz, 229 618; Johann Schröder-Merseburg, 86 601; Karl Schneider-Stuttgart (Frau), 47 670; Herr Schmidt-Nienhagen a. d. O., 90 693; Gustav Bröde-Erlster, 66 908; Eduard Schuhmacher-Braunschweig (Frau), 156 425; Ernst Weißlich-Bitterfeld (Frau), 54 269; Franz Brodmüller-Wolkenburg, 116 807; Herm. Käsehage-Bremervörde, 55 998; Herm. Haferkamp (Frau), 108 227; Aug. Schmidt-Werder a. d. O. (Frau), 163 211; Carl Merker-Darmstadt, 227 767; Josef Waller II-Garsdorf (Frau), 144 855; Wilhelm Berlet-Magdeburg, 41 650; Gustav Andreas-Berlin (Frau), 108 053; Ernst Griesburg a. d. O., 67 542; Wilhelm Giersdorff-Gommern, 72 662.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Befindendorf 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 28. August bis 3. September sind folgende Beträge eingegangen:

- a) für Beiträge und Eintrittsgelder.

Wilhelmshaven A. 1800, Würzburg 1000, Dortmund 1000, Regensburg 700, Lehnin 600, Weinfelden 400, Düsseldorf 400, Begasach 300, Elmshorn 300, Gelle 250, Meerane 200, Neuhausen 100, Schwäbisch Hall 100, Württemberg 100, Tübingen 100, Bremen u. Umgeg. 5000, Görlitz 800, Gießen 800, Karlsruhe u. Umgeg. 1850, Eisenach 500, Bruchsal 400, Burgstädt 200, Döbeln 200, Kulmbach 100, Crotzig 42, Bassum in

Niedersachsen 4, Gelsenkirchen 1000, Straßburg i. Els. 800, Landsberg a. d. Warthe 350, Markranstädt 801,50, Markranstädt von hingerichteter Streitunterstützung zurückgeladen 41,67, Erfurt und Umgegend 300, Sangerhausen 150, Achim 100, Rudolstadt 80, Neustadt von hingerichteter Streitunterstützung zurückgeladen 65,55, Würzburg 2500, Wiesbaden u. Umgegend 1200, Elbing 800, Hardenberg 76,38; Freienwalde 6, Graudenz 700, Solingen 400, Flensburg 200, Bergedorf 150, Coswig 150, Osterode a. Harz 18,80, Gr. Nübbelen 18,20, Oldenburg 22,50, Grimmen 48,51, Schwäb. Günzburg 9,12, Halberstadt 11,25, Hemmoor 15, Berlinburg 109,20, Hildesheim 800, Altenburg 600, Rötha 150, Gronau i. Hamm 9,10.

Crotzig a. 1.

- a) für „Arbeit und Kultur“.

Borna a. d. Elb. A. 9, Eisenach 75, Bochum 15.

a) Bericht der Bauarbeiterbeschaffungskommission.

Borna a. d. Elb. 75 4.

a) Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Celle A. 16, Meerane 11,25, Gelsenkirchen 30, Landsberg i. d. Warthe 18,75.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingetragen haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Jos. Schrott a. d. S. (Verb.-Nr. 130 470), Georg Hartmann-Mainz (40 450), Joh. Schaffarjitsch-Würzburg (37 481); Joh. Kron-Würzburg (386 007), Joseph Regla-Frankfurt a. M. (40 041), Alwin Fichter-Berlin (49 694), Julius Görtz-Torgelow (104 663), Dr. Abel-Hamburg (125 718), Leo Oppenheim-Zürich (127 497), Otto Jung-Giesen (186 256), August Weber-Berlin (143 488), Paul Müller-Guben (154 284), Paul Gaddas-Hinterher (182 713), Otto Möbs-Würzburg (388 657), Franz Heider-Schönberg (321 124), Alois Pelta-Kattowitz (389 406).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 27b des Statuts vom Zweigverein S. n. a. b. d.: Heinrich Wefel (Verb.-Nr. 81 915); Süderhofe: Friedrich Grahl (167 621), Wilhelm Köpern (355 615), August Ehrenberg (167 622), Wilhelm Mühl (167 608); Cassel-Eggershausen: J. Wied (130 821); Gotha: Heinrich Wolf (154 648); Reichenhall: Georg Schneller (247 601); Berlin: Franz Jakomits (365 54), Gustav Bönsig (81 679), Hermann Böder (198 106), Karl Böhm (6894), Friederick in Schleiden (10 997), J. Fiebler in Schleiden (268 808); Endsbürg: H. Glauber (96 893), J. Glauber (96 899), E. Nitsche (96 928); C. Kaußen (150 613). B. Sürgen (96 952).

N. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden von Zweigverein S. n. a. b. d.: Anton Faß aus Gießen (Verb.-Nr. 330 992), Johann Mühl aus Weller i. Rhld. (885 774); Dissen: Franz Schall, geb. am 7. Februar 1886 zu Dissen; Podebusk: Ernst Ludwig, geb. am 6. Oktober 1873 zu Nauen (244 841).

Kollektiv, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erfuht, die betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Schlussbericht vom Gau Braunschweig.

Am Schlusse unseres vorjährigen Berichts sprachen wir aus, daß wir, da eine Vergroßerung des Gaus seitens des Verbandsvorstandes nicht vorgenommen wurde, unserer nächsten Konferenz empfehlen müßten, entweder den Vorsitzenden des Zweigvereins Braunschweig mit den Arbeiten des Gauvorstandes zu betrauen, oder uns dem Gau Hannover anzufleidern. Die maßgebende Konferenz unseres Gaus, die am 25. Februar dieses Jahres tagte und sich mit dieser Frage befaßte, beschloß im Besitze des Verbandsvorstandes, sich mit Hannover zu verbinden. Dieses ist am 1. Juli er. geschehen. Es erstreckt sich daher dieser Bericht, außer einigen ergänzenden Ausnahmen, auf die erste Hälfte dieses Jahres.

Geleid zu Anfang des Jahres hatten wir die freudige Überraschung, daß das herzoglich braunschweigische Staatsministerium nach langjährigem Drängen der Braunschweiger Bauarbeiterkraft am 8. Februar ein Gesetz für das ganze Land erließ, das bezüglich des Bauarbeitervertrages, sowie auch der sanitären Vorschriften auf Bauten wesentliche Verbesserungen enthält. Dieser Verordnung sind gleichfalls die wichtigsten Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften für Unternehmer und Arbeiter der Hannoverischen Baugewerbebergschaften, auf der derartlich das Herzogtum Braunschweig gehört, beigelegt. Wir verfehlten keineswegs, daß dieses Gesetz wesentliche Verbesserungen enthält. Namentlich wird auf hygienischem Gebiete, und zwar in Bezug auf Bauden und Aborte, eine vollständige Umwidlung stattfinden müssen. Jedoch haben die wichtigsten Wünsche der Arbeiter keine Erfüllung gefunden. Zur Überwachung dieser Vorschriften sind die Stadtbauräte und die Baukommissionen berufen. Mit dieser Aufgabe Bautenkontrollleute aus Arbeitsteams zu betrauen, dazu hat man sich noch nicht aufzutun gewußt, obgleich dieses das einzige Mittel ist, die Mißstände dauernd zu beseitigen. Die „Körper“ der Verordnung bildet jedoch der § 11. Dieser lautet:

Die Herzoglichen Kreisdirektionen bezw. die Stadtämter können unter besonderen Umständen, namentlich bei einfachen Bauten und in den kleinen Städten und in den Landgemeinden, von einzelnen Bestimmungen dieser Anweisung mit Ausnahme der Bestimmungen der Anlage Besonderheiten ertheilen.

Hierach drängt sich uns fast die Überzeugung auf, daß dieses Gesetz nur für die Hauptstadt gelten soll, denn man scheint Helmstedt, wo der Segen dieser Verordnung überhaupt noch nicht verspürt wurde, auch zu den „kleinen“

Städten zu rechnen, in welchen den Bauunternehmern Dispensation ertheilt werden muss, obgleich Helmstedt mit seinen rund 18.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt des Herzogtums ist. Unsere Helmstedter Kollegen sind dabei, durch statistische Aufnahmen über die Missstände auf den Bauten der dortigen Polizei die Augen zu öffnen. Hieraus ist zu ersehen, mit welcher Gleichgültigkeit solche Gesetze von den zuständigen Behörden gewidrt werden und „wieviel“ den gesetzgebenden Körperschaften daran liegt, Arbeiterbeschützergesetz zu verwirklichen. Unerwähnt woselbst wir jedoch nicht lassen, daß in einzelnen, selbst kleineren Orten die Unternehmer zur Durchführung dieses Gesetzes angehalten wurden. Es ist daher Aufgabe der Kollegen, sich zu streben, daß die jetzt noch in den einzelnen Orten bestehenden Missstände den zuständigen Behörden zur Anwendung gebracht und um Abhilfe gefordert wird. Sollte es ohne Erfolg sein, so wende man sich an den Gauvorstand, um mit diesem gemeinsam die weiteren Schritte zu veranlassen.

Um diese Verordnung so populär wie möglich zu machen, haben wir sie in einem kleinen 16seitigen Schriftchen veröffentlich und den einzelnen Zweigvereinen zum Selbstostenpreise von 5,- pro Exemplar überlassen. Die erste Auflage ist vergriffen. Es ist unumgänglich notwendig, daß Anfang kommenden Jahres nochmals eine Ausgabe erscheint, damit den Kollegen diese Bestimmungen ganz in „fleisch und Blut“ übergehen.

Bei dieser Gelegenheit müssen dann selbstverständlich die Kreise Bantzenburg und Holzminden des Herzogtums, die ja nicht zu unserem Agitationsgebiet gehören, mit bearbeitet werden. Referenten seien, speziell in diesem Punkte, dem Zweigverein auf Kosten der Gaukasse stets zur Verfügung.

Die Abrechnung über die Verbüffältigung der Verordnungen gestaltet sich wie folgt:

G i n n a : Von den Zweigvereinen Kostenen M. 2,50, Braunschweig 30, Braunschweig (christlicher Verband) 5, Braunschweig (Bauarbeiter) 10, Braunschweig (Dachdecker) 3, Goslar 5, Gotha 10, Helmstedt 10, Hötensleben 5, Königslutter 7,50, Langelsheim 3,50, Salzhemmendorf 1,50, Schöttingen 6, Schöppenstedt 1,50, Seesen 6, Wolfenbüttel 6,50, Summe M. 104. **A u s g a b e :** für Druckkosten M. 72,50, für Buchdruckerarbeit 12,50, für Büro 1,50, Summe M. 88,50. **V i l a n z :** Einnahme M. 104, Ausgabe M. 65, Überbrückung M. 17,50.

Diese Summe ist dem Zweigvereinsvorstand Braunschweig mit der Nachfrage übermittelt, daß sie für die künftige Neuauflage den Gauvorstand bildet.

Die **B a u t i g l e i g** kann im ganzen Gebiet als zuständig befürchtet werden. Selbst Braunschweig hat sich wieder etwas erholt. Dieses kommt schon in der Angabe über die Mitgliederzahl zum Ausdruck. Im zweiten Quartal 1905 wurden 631 und im zweiten Quartal 1906 892 Mitglieder angegeben. Vom Arbeitsnachweisbüro der Unternehmer konnten sich im Monat Juni 1905 22 und im Juni 1906 125 Kollegen einen „Bettel“ holen, weil es ihnen gelang, Arbeit zu finden. Im großen und ganzen kann man ja nach den Angaben dieses „Arbeitsnachweises“ keine richtigen Schlüsse ziehen, weil bei vielen Unternehmern ein „Bettel“ nicht verlangt wird. Aber immerhin lassen auch obige Zahlen auf einen Aufschwung schließen. Da wir gerade beim **A r b e i s n a c h w e i s** des Arbeitgeberverbandes sind, müssen wir, um einer Legendenbildung vorzubeugen, einige Angaben desselben richtigstellen. Nach den Angaben des „Reichs-Arbeitsblatt“ kann es bei den Ueingekehrten im Anteil ertheilt werden, als ob im obigen Bureau Arbeit vermittelt wird. Es wird hier von Arbeitgeber, offenen und befreiten Stellen gesprochen. Es ist aber im Gegenteil zu konstatieren, daß hier, mit ganz verschwindenden Ausnahmen, keine Arbeit nachgewiesen wird, sondern der „Glückliche“, der Arbeit fand, muß, wenn dieses bei einem Scharmacher der Fall ist, sich in diesem Bureau die Papiere kontrollieren lassen. Nachdem dieses geschehen ist, und man sich überzeugt hat, daß der „Arbeitsnachweis“ nicht „schwarz“ angezeichnet steht, lädt man sich dann gnädig herbei, den zur „Arbeit berechtigenden Bettel“ auszustellen.

Erfreulicherweise legen jedoch die meisten Unternehmer diesem Maßregelungsbureau keinen Wert bei. Darum ist es auch nur zur Zeit der Depression mit Erfolg von den Unternehmern zu halten.

Dass man ein solches Institut im „Reichs-Arbeitsblatt“ aber unter der Rubrik „Arbeitsnachweise“ führt, ist ein großer Fehler, der verurteilt, daß der Ueingekehrte vollständig im unklaren über die Funktionen eines solchen Maßregelungsbureaus bleibt.

Außer einigen kleinen Zweigvereinen, die im vorigen Jahre Lohnbewegungen erzielt hatten, traten die Kollegen des ganzen Gaugebiets in Lohnbewegungen ein. Die Erfolge sind aus folgender Tabelle ersichtlich.

Jeder vernünftige Mensch hätte bei den in diesem Jahre verschlechterten Lebendverhältnissen des Arbeiters annehmen können, daß die Unternehmer den Lohnforderungen der Kollegen in einsichtsvoller Weise entgegenkommen würden. Auch wir waren naiv genug, anfangs daran zu glauben. Die Enttäuschung war aber sehr stark, als sich das Gegenteil herausstellte. Wir müssen gestehen, daß wir auch nicht ein Fühlchen Mitgefühl für die traurige Lage der Arbeiter bei dem Unternehmertum wahrnehmen konnten.

Wie ja unsere Tabelle ausweist, ist es bei vielen Lohnbewegungen zu Streiks oder Sperrern gekommen. Mehrere Lohndifferenzen wurden auch in Güte ähnlichen der Parteien geregelt. Dieses geschah in erster Linie darum, weil die bestehenden örtlichen Zweigvereine die sichere Gewähr für eine erfolgreiche Arbeitseinstellung haben, oder aber auch die Erhöhung des Lohnes im Nachbarlohngebiet die örtliche Bewegung günstig beeinflußte. Es ist wohl nicht notwendig, daß wir über unsere geführten Streiks und Lohnbewegungen nochmals berichten. Sie sind alle zur Aufzeichnung der Beteiligten verlaufen und in unseren zweitäglichen Streitberichten im „Grundstein“ einer genügenden Erörterung unterzogen worden.

Die Kollegen in Braunschweig und Schöningen stehen jetzt noch in einem schwächeren Kampfe.

Da die Bautätigkeit etwas besser ist, wie im vorigen Jahre, so hat auch die **M i g l e i d e r e i g** augenommen. Es ist ja nicht möglich, jetzt schon Schlüsse für dieses Jahr zu ziehen. Bemerkten wollen wir nur, daß am Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres von den Zweigvereinsvorständen rund 400 Mitglieder mehr angegeben werden konnten, als am Schlusse des gleichen Quartals im vorigen Jahre, und zwar stieg die Zahl von 1700 auf 2100. Der Zweigverein Braunschweig ist hierbei mit einer Zunahme von 250 Mitgliedern beteiligt.

Außer obigen Mitgliederzunahmen sind solche noch in unseren neugegründeten Zweigvereinen Greene und Schöningen zu verzeichnen. In diesen beiden Orten beträgt die Zahl der Mitglieder 150.

Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Zunahme, wie sie am Schlusse des zweiten Quartals verzeichnet ist (550 Mitglieder), für das ganze Jahr maßgebend bleiben wird, weil, wegen der Streiks in Braunschweig und Schöningen Hunderte von Kollegen das Gaugebiet verlassen. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gleich folgendes richtigstellen: In Nummer 17 des „Grundstein“ von diesem Jahre veröffentlicht der Verbandsvorstand in der Tabelle der „durchschnittlich pro Mitglied in den einzelnen Gauen verlaufenden Beitragsmarken“, daß in unserem Gau im Jahre 1904 36,89 und 1905 38,27 Marken pro Mitglied verlaufen sind. Die Zahl für 1905 muß 38,96 heißen.

Unsere **S c h l u s s a u f n a m e** vermögen wir heute noch nicht zu geben. Wenn nicht über, so wird sie spätestens im nächsten Jahresbericht des „Gaues Hannover“ mit gebracht werden.

Die Korrespondenz war ziemlich umfangreich. Ausgegangen sind bis heute 401 und eingegangen sind 324 Briefsendungen.

Zum Schlussergebnis unserer Kollegen unseres bisherigen Gaugebiets, nach wie vor zügig für das fernere Gedächtnis unserer Organisation einzutreten, damit wir tatkräftige Mitglieder in unserer neuen Gaugestaltung werden, und weiter auch in der Lage sind, ständig für unser Wohl und Wese in die Schranken treten zu können. Allen den Parteigenossen und Kollegen, die uns bei der Agitation und bei dem Führen der Lohnbewegungen hilfreich zur Seite standen, sagen wir hiermit unseren herzlichen Dank.

B r a u n s c h w e i g, den 14. August 1906. Karl Obermeier.

Breslau. Ein Opfer unserer heutigen Rechtsprechung ist unser Kollege Widera, Volksbeamter des hiesigen Zweigvereins, wegen Vergessen gegen den bekannten § 183 der Gewerbeordnung verhängt. Kollege Widera hat Dienstag, den 28. August, nachdem das Oberlandesgericht die Revision gegen das Urteil der Berufungsinstanz verworfen hatte, auf vier Wochen unrechtmäßigen Aufenthaltsort dort negiert müssen, wo schon manche brave Verbandskollegen, die sich in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte, gewesen ist. Wir hoffen und wünschen, daß Kollege Widera ungeachtet an Freiheit und Gefundheit in unsere Reihen zurückkehrt. Der Breslauer Kollegenschaft möge dieses aber ein Anhorn sein, in Zukunft noch in erhöhtem Maße für die Interessen des Verbands einzutreten und tüchtig zu agitieren, bis auch der Indifferenz von den Prinzipien der Arbeiterschaft überzeugt ist.

Ebingen. Am 13. August wurde hier eine öffentliche Versammlung der Maurer, Gipser und Bauhülfsarbeiter abgehalten, die aber leider nicht gut besucht war. Von den circa 140 bis 150 in Betracht kommenden Berufsgenossen hatten bloß etwa 60 die Versammlung besucht. Es ist sehr zu bedauern, daß die Arbeiter in Ebingen trotz alles Schaffens und Euns über die Nützlichkeit der Organisation einfach denken: „Wir lassen die anderen sieden und wir ernten“. Die Versammlung wurde von dem Börsenverein eröffnet, der dann dem Kollegen Winnig vom „Grundstein“ das Wort erklärte. Kollege Winnig sprach über: „Gewerkschaftliche Zeitschriften“. Wir wollen ihn hier jedoch nicht wiederholen, aber es ist schade, daß ihn nicht alle Mitglieder hören. Als zweiter Redner nahm unser Gauvorsitzender, Kollege Stolle, das Wort. Er behauptete, daß in Ebingen noch eine solche Flauheit herrsche, obwohl doch nach nur einjährigem Bestehen des Zweigvereins eine Lohnsteigerung von 40 auf 50 % erreicht worden sei, und ermahnte die organisierten Kollegen, immer eifriger für die Organisation zu arbeiten. Es folgte dann noch eine kleine Diskussion, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Kurz noch einige Bemerkungen: Obwohl im Mai dieses Jahres ein Arbeitsvertrag zwischen den hiesigen Bauunternehmern und dem Zweigverein Ebingen abgeschlossen worden ist, der die Aufforderung verbietet, so können sich einige von den Meistern immer noch nicht daran gewöhnen, sondern suchen immer wieder, bestimmte Arbeiten in Altstadt ausführen zu lassen. Leider finden diese Bestrebungen der Unternehmer, den Tarif zu umgehen, bei einigen Kollegen Unterstützung,

die vor nicht langer Zeit noch der Vorstandschaft angehörten. Das muß ganz schwer gerichtet werden, denn wenn das geschieht, am grünen Holz, was soll am dunklen werden? Aber, Kollegen von Ebingen, richtet Euch nicht nach den schlechten, sondern nach den guten Beispielen. Sorgt dafür, daß sich alle die Berufsgenossen, die heute noch außerhalb unserer Heimath stecken, in nächster Zukunft dem Verbande anschließen, damit wir, wenn es wieder einen Kampf für unsere Freiheit losstehen sollte, gerüstet sind.

Erling. Ein Dicke aus alter Zeit finden wir in der Elb. Big. — Die verschwundene Gewerkschaftsmacht der Erlinger Maurergesellenbruderschaft hat ihr Heim in der „Bergerge zu den drei Bergen“. Das ist die Gesellenbruderschaft überlebt haben, schreibt sie nur noch ein beschleunigtes Latein. Die Arbeiter und Gesellen schließen sich den neuzeitlichen Organisationen an. Nur wenige Männer zählt die Maurergesellenbruderschaft noch zu ihren Mitgliedern. Vermögen und Einnahmen sind infolgedessen gering und können die Ausgaben nicht decken. Der Gerichtsbezirk ist schon mehr als einmal auf der Herberge der Brüderlichkeit, und einige Beisitzer mühten verlaufen werden, um Geld zu schaffen. Wie jetzt auch das alte Banner der Maurer, das aus dem Jahre 1845 stammt, mit Beschlag belegt werden sollte, war es nicht mehr aufzufinden. Das Banner blieb trotz eifrigster Nachforschens verschwunden. Ob sich ein Dicke diese Fahne als Heute aussersehen hat, oder ob sie aus anderen Gründen bestellt geschafft worden ist, ließ sich noch nicht aufklären. Man weiß nur sowiel, daß die Fahne im Mai dieses Jahres noch vorhanden war. Sic transit gloria mundi!

Frankenberg. Am 21. August tagte unsere Mitgliederversammlung, in der das Verhalten der Köhlerschen Maurer schief verurteilt wurde, weil diese elf Stunden arbeiten. Der Berichtsmann berichtete, was bereits getan worden ist, um sie von ihrem schändlichen Kreislauf abzutrennen; auch heute seien sie schriftlich eingeladen, doch die meisten hielten es nicht für notwendig, zu erscheinen. Nur einige böhmische Kollegen, die es doch besser begriffen, zu haben scheinen als die hiesigen, waren gekommen. Nachdem sich nun verschiedene Kollegen gegen das Überarbeiten ausgesprochen hatten, wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, die Beteiligten aus dem Verbande auszufüllen. Herauf wurden noch verschiedene Missstände kritisiert, die auf hiesigen Bauten bestehen. Ferner wurden noch einem extraktanten Mitglied M. 10 bewilligt und daran erinnert, daß jeder Kollege verpflichtet ist, alle 14 Tage eine Lofatsmarke zu entnehmen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, die Versammlungen besser zu besuchen und festzurufen, um vorwärts zu halten.

Großbodungen. Nachdem hier am 1. August ein Zweigverein gegründet wurde, tagte am 26. August eine öffentliche Maurerversammlung, Kollege Schent aus Erfurt referierte über: „Bedeutung und Ziele des Centralverbandes der Maurer Deutschlands“. In seinem 1½stündigen Vortrage führte der Referent die Notwendigkeit der Organisation am anwesenden Kollegen in breitesten Worten vor Augen. Daß die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren, bemerkte der Beifall am Schlusse. In der Diskussion hilberte der Kollege Kiel die sich gut entwidelnde Konjunktur und die Notwendigkeit des Zusammenhalts aller Kollegen, wenn wir von der Konjunktur ebenfalls unseres Anteils haben wollten. Nachdem noch der Vorsitzende verantwortet war, erfolgte nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten mit einem dreifachen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands Schluss der Versammlung. — Der Erfolg der Versammlung war sehr beachtlich, so daß nun der Verein nach vier Wochen 55 Mitglieder zählt. Hoffentlich beherzigen alle Kollegen den Wunsch, daß in der nächsten Zeit jeden noch einen bringt, damit unsere Mitgliederverzahl recht bald der Zahl der Beschäftigten entspricht. Da ja auch der Christliche Verband Mitglieder wirkt und im nahen Neustadt eine Zahlstelle errichtet hat, so heißt es, alle Kräfte anspannen, um vorwärts zu kommen.

Königsberg i. Pr. Hier, wo der mit päpstlichen Orden beglaubigte Organisator der gelben Gewerkschaft, genannt „christliches Bauhandwerkerhand“, und italienische Streitbrecheragenten, Maurermäister Lauffer, sitzt, will es in diesem Jahre nicht mehr recht klappen, trotzdem der größte Terrorismus von den Unternehmern im Bunde mit den gelben Agitatorn noch immer gegen die Königsberger Bauhandwerker ausgeübt wird. Daß die Wahrheit siegt, scheint sich selbst in Ostpreußen, wo noch so manches unmöglich möglich ist, zu beweisen. Im vergangenen Jahre gab es noch kein Bauhandwerker genug, die den „Schönfäls“, der ihnen verfolgt wurde, nicht erprobten hätten, und darum angezogen wurden. Aber in diesem Jahr zieht er nicht mehr; denn jetzt haben sie erfahren, daß der „Lauferfäls“ nämlich dieselben Eigenschaften an sich hat, als aller „Schönfäls“. Darum standen Lauffer in diesem Jahre nicht mehr genügend Maurer zur Verfügung, um den Vernichtungskampf gegen die Arbeiterverbände erfolgreich führen zu können. Fast jede Woche wurde die von ihm gegründete gelbe Gewerkschaft mobil gemacht und die gelben Agitatoren, genannt christliche Arbeiterschreter, boten alles auf, um Leute von auswärtig heranzuziehen. Aber alle Bemühungen waren, umsonst. Die Maurer hatten die Schande erlitten, die ihnen in Königsberg angetan werden sollte, und darum lamen sie nicht, sondern verzichteten auf die Böhmländer von Lauffer und seiner Gelben. Da Lauffer aber Mat schaffen oder mit seiner Weisheit eindringen mußte, hat er wieder einen großen Posten Italiener angeworben und bei Rindertreit am Fabrikbau untergebracht. So lange hat er die Provinz mit dieser Sorte Menschen verfolgt. Nach allen Ecken und Enden — wo sich nur die Maurer für die Verbesserung ihrer Lage regten — hat er sie hindriegt, so daß Ostpreußen ziemlich besetzt ist mit italienischen Streitbrecherhorden. In Königsberg konnte er sie aber nicht los werden; denn die Unternehmer hatten sich schon im Jahre 1904 den Magen und den Geldbeutel mit dieser Frucht verborsten. Da aber Rindertreit zu den besten Stücken für Ordnung und Sitte, und somit selbstverständlich zu den erstklassigen Schafsfleißern gehört, hat er es noch einmal riskiert und sich die italienische Brüder aufgeladen. Nun haben sich die gelben Schreter Palme

* In Wolsenbüttel ist die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden herabgesetzt.

Name des Lohngebiets	Stundenlohn	Die Erfolge erzielte durch	Unterstützung		
			Streik	Sperrung	Streik und Sperrung
Braunschweig-Göttersleben	31	84	—	63	/
Braunschweig-Lehrte	32	36	—	89	/
Braunschweig-Salzgitter	27	30	—	80	—
Greene	27	30	—	80	—
Harzburg	37	88	—	160	—
Helmstedt	37	40	—	226	—
Helmstedt-Emmendorf	38	32	—	17	—
Hornburg	30	82	—	78	—
Hötensleben	35	88	—	56	—
Jergheim	30	82	—	106	—
Königslutter	36	88	/	45	/
Königsberg-Süppingen	34	36	—	83	—
Langelsheim	30	35	—	48	—
Leinefelde	30	82	—	78	—
Salzhemmendorf	30	44	—	152	—
Seesen	30	33	—	182	—
Wolsenbüttel*	43	50	—	82	—

* In Wolsenbüttel ist die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden herabgesetzt.

und Schönfäss wieder zur Ruhe gesetzt; denn die Gefahr, daß den Centralverbänden die Tore geöffnet werden könnten und diese dann mit dem Streifverbande ausräumten, ist glücklich durch das Eingreifen ihrer Königsberger Hauptschaufelder abgetoetet. Aber wie lange wird es dauern, dann werden die Italiener wieder abgeschoben und die anderen werden von den Verbänden wieder angestellt worden sein und auf die gelbe Farbe verzichten. In diesem Jahre ist es den gelben Söldlingen noch gelungen, die Verbesserung der Lebenshaltung der Königsberger Handwerker zu hinterziehen. Über lange werden sie die Königsberger Maurer dieses nicht mehr gefallen lassen, sondern ihre Interessen wieder gemeinsam wahren und mit den ganzen Brüder ausräumen. Der Höhepunkt ist lange überschritten. Die Mehrzahl hat sich wieder dem Centralverbande angegeschlossen.

München. In einer gutbesuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung in den „Zentralräumen“ referierte Dienstag, 28. August, Kollege Heinr. Stolle aus Stuttgart über „Die Ziele der Unternehmerverbände und das Jahr 1908“. Einleitend sprach der Referent seine Freude darüber aus, daß es ihm die Gelegenheit erlaubte, vor den Münchener Kollegen sprechen zu dürfen; vor jetzt 18 bis 20 Jahren sei er ebenfalls hier gewesen, als noch der Fachverein bestand, während jetzt eine große starke Organisation erstanden sei. Mederer schildert hierauf in anschaulicher Weise die Entwicklung der freien Gewerkschaften, führte den Kollegen zäffermäßig ihre großen Erfolge vor Augen; nicht nur aus der Zahl des Mitglieder, sondern auch aus den Kassenverhältnissen sei ersichtlich, welch riesige Fortschritte die freie Gewerkschaftsbewegung gegenüber den verschiedenen Gruppen von Laienorganisationen gemacht habe. Die stetigen Erfolge der modernen Organisationen seien den Unternehmerverbänden ein Dorn im Auge. Besonders unbedeutende scheine ihnen die Verkürzung der Arbeitszeit zu sein, da die Arbeiter sich in ihrer freien Zeit mehr Aufklärung verschaffen könnten und immer mehr und mehr einfühlen würden, daß sie als Menschen geboren sind und ihnen eine menschenwürdigere Behandlung und Entlohnung gebühren müßte. Die meisten Unternehmerorganisationen seien noch jüngerer Datums. Während sich früher die Unternehmer zu zunftlerischen Zwecken vereinigten, hätten sie sich jetzt ganz auf Kampf gegen die Arbeiter zusammengeschlossen. Niede, auch die befehlende Forderung der Arbeiter sei von ihrem Standpunkte aus unberechtigt, weil sie „Herr im Hause“ sein und die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrem Gutdünken festsetzten wollen, um recht ungehindert die Arbeiter auszubeuten zu können. Das Beitreten der Arbeitsgeberverbände sei auch, die Negierung zu veranlassen, solche Gesetze zu schaffen, durch die die Arbeiterbewegung im Reime erstickt werden könnte. Mederer erinnert an den schrecklichen Entwurf der „Zuchthausvorlage“, die aber zum größten Leidwesen der Herren Unternehmer im Reichstage abgelehnt wurde. Durch größere Aussperrungen verüchten sie es nun, die Kästen der Organisationen zu sprengen. Da auch diese halfscherlichen sie, die Arbeiter zu krawallen aufzuregen, wie die Borgänge in Augsburg, Leipzig, Breslau und gegenwärtig in Nürnberg beweisen, um Grund dafür zu haben, den Arbeitern Polizei und Militär auf den Hals zu hetzen. Und mit solch gemeinen Mitteln glauben sie, die Arbeiterbewegung unterdrücken zu können. Mederer weiß ferner auf den Verband der Industriellen hin, der es ablehnte, mit Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, ja sogar die Entstehung der bayerischen Staatsregierung vom 2. März 1908, die den Abschluß von Tarifverträgen empfiehlt, bedauerte. Wenn

doch die Unternehmer im Baugewerbe gewissmässig auf den Abschluss von Tarifverträgen hinarbeiten, so dürfen man ja nicht glauben, daß diese Herren aus einem anderem Holze geschnitten sind. Es sei dies kein Beweis von der Freundschaft dieser Herren; sie tun das nur, um in Blüte ihrer Organisation auszubauen und uns schliesslich doch noch zu überwältigen. Der Abschluss von Tarifverträgen, in einer großen Anzahl von Orten am 31. März ablaufen, beweist, daß seitens des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe eine Dienstenausstattung geplant ist, vermutlich um den Centralverband der Maurer zu sprengen. Die Unternehmer ja nicht glauben, daß sich die Arbeiter dadurch ins Bodenlose jagen lassen. In ihrer Hülfslosigkeit hätten sich die Unternehmer stets an die Regierung gewandt, die sich gegenüber immer sehr willkürlig gezeigt habe, was die jüngsten Vorommisse in Nürnberg, die die in Breslau und Ulrichs noch übertreffen, neuerdings beweisen. Redner geizt hieraus scharf das rohe Vorgehen der Nürnberger Polizei, die aus ganz ahnungslose wehrlose Bürger eingehauen und sogar Kinder und Frauen nicht verschont hat. (Wiederholte Phu!-Rufe.) Durch Aussichtung müssen wir dafür sorgen, daß kein indifferenter Kollege mehr vorherrscht ist und daß die Finanzen so gefestigt werden, daß wir den geplanten Schlag des Unternehmers jederzeit abwehren können. Ebenfalls müsse man durch eine richtige Taktik die Kämpfe so führen, daß sie siegreich für uns enden. (Lebhafter Beifall.) In der Diskussion kritisierte Kollege Schäfer ebenfalls jedoch die blutigen Vorgänge in Nürnberg, gezielt ferner das schändliche Verhalten des christlichen Arbeiterblattes „Münchener Tagblatt“, das schreibt, es könne den Schuhleuten kein Tadel ausgesprochen werden, diese hätten sich sogar sehr schiefdig gezeigt (Phu!-Rufe); er bezeichnete ferner die christlichen Gewerkschaften als Hemmung unserer Bewegung, was durch verschiedene Beispiele nachgewiesen werden kann. Bauen wir unsere Organisation so aus, daß möglichen Unternehmertum und Regierung in Sicherheit, was sie wollen, wir doch zum Ziele gelangen werden. (Beifall.) Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegens Stolle schloss der Vorstende Grässel mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands die mäusertische verlaufene Beratungsumla.

Plauen t. B. Zum 17. August hatten die Totalorganisatoren, genannt "Freie Vereinigung der Männer Deutschlands", im Gewerbeschäftshaus "Schillergarten" eine Versammlung veranstaltet, die den Zweck haben sollte, einen Ortsverein für Plauen zu gründen. Zu diesem Zwecke war Fritz Käter, Nebautieur der "Einigkeit", aus Berlin anweseno. Er sprach, wie herauszusehen war, vor unbefestigten Stühlen. Wir waren vorher der Meinung, daß die Indifferenzen und die Streitbrecher es der Masse wert hielten würden, zu erscheinen, um sich mit den Theuren der Freien

"Bereinigung" vertreut zu machen; wir hatten uns jedoch gesäßt, denn selbst diese hatten es vorgezogen, fernzubleiben. Vieles in dem Referat war an und für sich ganz gut. Nur unsere Unterstützungsseinrichtungen kritisierte der Redner. Unsere Mitglieder würden nicht richtig ergreifen, wie hätten keinen richtigen Kampfschlagcharakter aufzuweisen. Ihm wurde jedoch das Gegenteil bewiesen und zum Abschluss noch eine Resolution angenommen, die also lautet: „Die heute im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“ tagende Bauhandwerkerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten nicht einverstanden, da sie nicht ganz der Wahrheit entsprechen und nur darauf berechnet sind, die rücksichtslosen Elemente für sich zu gewinnen. Die Versammlung verurteilt auf das schärfste die Verübung der lokalorganisierten Freien Vereinigung. Versplitterung in die Teilen der organisierten Arbeiter zu tragen, um bei dieser

Gelegenheit im Trüben zu fischen und Sondervorträge für sich herauszufordern. Die Versammlung verspricht, mit allen Mitteln nur für die Ausbreitung und Stärkung des Zentralverbandes einzutreten, da nur der Zentralverband infolge seiner Macht und Stärke die Interessen der Arbeiter vertreten kann." Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.²

Madevormittag. Sonntag, den 26. August, fand eine von der heutigen Zahlstelle anberaumte öffentliche Maurer- und Bauhülfearbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: "Wie verbessern wir unsere Lage?" Als Referent war im Auftrage des Bauvorstandes Kollege Kreislohm aus Köln anwesend; außerdem war Kollege Vogt aus Elberfeld von den Bauhülfearbeitern erschienen. Der Referent schilderte in längeren Ausführungen die Entstehung der Arbeiterschwung und ihre Entwicklung bis auf den heutigen Tag. Insbesondere beschreit er die Kämpfe im Baugewerbe während der letzten Jahre, und zeigt die Erfolge, die die beiden in Betracht kommenden Verbände dabei erzielten. Zum Schlus ihres Redners darauf hin, daß die Arbeiterschaft nur dann in der Lage wäre, ihre erbärmlichen Verhältnisse zu verbessern, wenn sie, wie das heutige Unternehmertum, ein geschlossenes Vantes bildete. Dieses könnte aber nur durch den Zentralverband, der Maurer und durch den der Bauhülfearbeiter Deutschlands geschehen. Kollege Vogt forderte gleichfalls auf, in diesem Sinne überall tätig zu sein. In der Diskussion meldete sich dann von den anwesenden Christlichen der Kollege Becker (Neumünster) zum Wort. Wenn bisher nur rein wirtschaftliche Fragen erörtert waren, ohne dabei auf die christlichen Organisationen Bezug zu nehmen, so gab es jetzt eine Wandlung. Becker legte los; zunächst war es, wie immer, die Sozialdemokratie und die Religion, die herhalten müssten. Es wäre nach Meinung des Redners nötig, daß das Zusammentreffen zwischen den Christlichen und den Sozialdemokraten getrimmt würde, dieses hätte Brust schon kurz vor dem Jenaer Parteitag eingesehener. Die Fehstallart des "Grundstein" und der Zukunftstaat wurden dann wieder einmal, aber weiss zum zweiten Male, verhadstelt und anderes unmissiges Beug geföhnt. Dem Referenten war es leicht, den tollen Unfug Beckers zu widerlegen und den lästernden, den tollen Unfug Beckers zu widerlegen und den lästernden, lächerlichen Christenmenschen unter dem tosenden Beifall der Versammlung eine schämliche Niederlage zu bereiten. Nachdem ihm dann noch der Rat ertheilt worden war, er möge in Zukunft etwas geschickter operieren, wenn er für seine Gewerkschaft Erfolge erzielen wolle, schloß der Vorligende die imposante Versammlung mit der Mahnung, für die freien Gewerkschaften trätig zu agitieren und Mitglieder zu werben.

Spremberg. Der hiesige Zweigverein hielt am 26. August eine Generalversammlung ab. Als Referent war Kollege Lemm aus Berlin erschienen. Redner schilderte in seinem Vortrage die Entstehung der Organisation. Er wies darauf hin, wie notwendig es ist, die Kollegen vom Lande zu organisieren. Dies sollte jedoch nur gelingen, wenn der Solidarität unter den Kollegen besser gepflegt werde. Weiter wurde angeführt, daß es notwendig ist, die Kollegen auch politisch zu organisieren. Der Vorsitzende sprach ebenfalls im Sinne dieser Ausführungen und ermahnte die Kollegen, sich mehr an der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit zu beteiligen. Auch muß das Bau-deputiertenbüro besser gepflegt werden. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hauch auf den Zentralverband der Meisters Deutschienda geschlossen.

Werbens. Am 19. August tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Besuch war so schwach, daß es jeden Kollegen befremden muß, der die hiesigen Verhältnisse kennt; sogar die Vorstandesmitglieder fehlten. Im ganzen Zweigvereinsgebiet wird der Tarif nicht eingehalten; die Unternehmer Heine in Werben und Joh. Rottmann in Kettwig, die dem Arbeitgeberbund angehören, lassen sogar elf Stunden arbeiten; bei den übrigen Unternehmen wird 10½ Stunden gearbeitet. Es konnte festgestellt werden, daß die Abddeckung der Kosten an den Neubauten der Unternehmer Oitterbein und Rademacher gänzlich fehlt; ebenfalls befinden sich die Leiterzüge in schlechtem Zustande. Am ersten Neubau von Friedlingsdorf, ebenfalls an der Karl Rostmannstraße, war die Abddeckung sehr mangelhaft; Schuhgerüste fehlten gänzlich. Von diesem Bau war der Maurer Michel von der Frontspalte bis auf die Straße gefürtzt. Diese Bauten werden für den Städtebaumeister ausgeführt, aber für den Schuh der daran beschäftigten Arbeiter wird nicht gesorgt. Da in der Umgegend genügende Arbeit vorhanden ist und jederzeit nachgewiesen wird, sollten die Arbeiter und Maurer, die den Bauten den Rücken lehnen, Recht-neit sieht es auch auf der Friedl. Brüppel'schen Befestigung Hügel aus. Einer gewissen Bürgermeister hat sich daselbst eine Kolonne Lippester Maurer unter Leitung des Polters Brüggemann zu ersuchen, die die Lieblinge des dortigen Betriebsführers Pfeils sind. Diese Kolonne ließ sich während des Kieler Streiks 1900 auf

den Friedr. Krupp'schen Werken ebenfalls als Streitbrecher verwendeten. Diese Maurer haben nun die Vergünstigung, daß sie pro Stunde 55 3 Lohn erhalten und elf, zwölf und noch mehr Stunden arbeiten dürfen. Die andere Kolonne, unter Führung des Poliers Monheimer, hat den Beinhunderttag und erhält 50 3 Stundenlohn. Am 22. August legten sieben Maurer, ein Lehrling und zwei Bauhüfta. arbeiter der Firma Koch in Rübenfeld aus der Baufirma in Heidi bei Wallenhausen die Arbeit nieder. Seit vierzehn

Monaten wurde ständig über die Mirkstände bei Hoch geplagt, aber in keiner Weise für Abwisse geforscht. Nun arbeiteten auch vier Italiener unter einem Postengefellen, der ebenfalls Italiener ist, an dieser Bauteile; dieser beweigerte nun dem „Grundstein“ verbleibt, als er die Setzung brachte, die Kontrolle seines Werkes. Der „Grundstein“ in verbleibter wurde auch noch obendrein aus der Wabe, wo sie haufen, fürgschand hinausgeschmissen. Dieser Mann hat nun Tag und Nacht gearbeitet und in einem Beitraum hat hier Mothes einen Weberherdstein von „180 ozech“

Wilhelmshaven. Die Bauarbeiterforschungskommission hatte zum 30. August eine öffentliche Versammlung aller im Baugewerbe beschäftigten Handwerker und Arbeiter nach dem "Koppenhörner Hof" (früher Anler) in Koppenhörnern anberaumt. zunächst gab der Naturphilosophische Verein Janssen als Einleitung zu seinem Vortragsvorlesung eine kurze Geschichte des Arbeitertriebs. Sodann weiste er an der Hand interessanter Lichtbilder die Anwesenden in die Funktionen der Organe des menschlichen Körpers ein und kam sodann auf die eingelassenen Berufskrankheiten und auf deren Vorbeugung zu sprechen. — Im zweiten Teile behandelte Redner ebenfalls an der Hand von Bildern die Unfallfolgen und die erste Hilfe bei Unfällen. Der anderthalbstündige lehrreiche Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Im zweiten Teil des Abends appellierte der Vorsitzende der Bauarbeiterforschungskommission, Maurer Krug, an die Anwesenden, mehr als bisher für den Arbeitertreib zu tun. Er stigmatisierte die Schritte, welche zur Erlangung eines besseren Arbeiterschutzes getan worden sind und den augenblicklichen Stand desselben in den einzelnen Ländern. Redner kritisierte im weiteren, daß noch nicht einmal der vorhandene geringe Arbeitertreib eingehalten werde. Die behördliche Kontrolle lasse noch zu wünschen übrig; die Kontrolleure seien an Zahl unzureichend und die Unfälle hätten sich vermehrt. Da hätten die von den Arbeitern gewählten Kontrollkommissionen, die den Arbeitern ein Dorn im Auge sind, gute Dienste geleistet. Auch im hiesigen Bezirk, besonders in Wilhelmshaven, zeige sich wieder, daß noch viele Mißstände vorhanden seien. Die vielen Unfälle benießen dies. Nicht weniger als 51 Unfälle seien im vorigen Jahre zu verzeichnen gewesen, wobei 63 Personen verletzt wurden. Viele Unfälle seien auch gar nicht gemeldet worden, und vielfach sei die Folge davon, daß die Rente verzweigt wird. In diesem Jahr seien bereits 11 schwere, davon einer tödlich, und 12 leichtere Unfälle gemeldet worden. Über die umfangreichen Berufskrankheiten und Unfälle habe auch die Statistik der Oldenburger Ortskrankenfasse eine bereitete Sprache geführt. Redner ging schließlich noch näher auf die Unfälle der letzten Tage ein, die bereits im "Norddeutschen Volksbl." wahrheitsgemäß verzeichnet wurden, und schlug hierauf folgende Resolution vor, die angenommen wurde: „Es ist eine der prinzipiellen Forderungen der deutschen Bauarbeiterforschung, daß die Reichsgesetzgebung für ausreichenden Bauarbeiterforschungssorge zu tragen hat. Die Verpflichtung hat das Reich, jedoch den einzelnen Bundesregierungen überzuspielen. Da nun die preußische Regierung Bedenken gebracht hat, für eine einheitliche Regelung des Arbeitertreibes zu sorgen, weil die örtlichen und militärischen Verhältnisse im Lande verschieden seien, und es den einzelnen Regierungspräsidien und Polizeibehörden überlassen hat, Verordnungen selbst zu erlassen oder zu ergänzen, wünscht die Versammlung hinsichtlich der vielen Unfälle, die in kurzer Zeit hier passierten, eine baldige Revision der Baupolizeiordnung von Wilhelmshaven, so daß dieselbe wirklichen Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeit bietet. Um einen solchen Schutz zu reichen, hält es die Versammlung auch für unbedingt notwendig, daß eine regelmäßige Überwachung der Bauausführungen durch vom Staate oder den Gemeinden angestellte und befohlene, mit dem Baubetrieb vollständig vertraute Beamte zu erfolgen hat und zur Durchführung und strikten Beobachtung der Arbeiterschutzbestimmungen den Berufsorganisationen gewählte Beauftragte aus den Reihen der Arbeiter angestellt werden. Die Versammlung hält die Bautenkontrolle im Nebenanteil für völlig unzureichend, da bei den stetigen Veränderungen auf Baustellen für einen wirklichen Arbeiterschutz eine tägliche Kontrolle notwendig ist. Im übrigen verspricht die Versammlung, der Bauarbeiterforschungskommission stets mit Rat und Tat zur Seite stehen zu wollen. In der Distriktsfeuerwehr Maurer Borgmann, doch noch immer solche Mißstände zu verzeichnen sind, obgleich ja gegen früher gewisserie Fortschritte nicht abzustreiten sind.“ Diese sind lediglich auf Konto der Bauarbeiterforschungskommission und der Zentralisation zu setzen. Daß in Wilhelmshaven so wesentlich schlimmere Mißstände vorhanden liege, an der mangelhaften Gesetzgebung und behördlichen Kontrolle. Wie wenig man in Wilhelmshaven ein Interesse an dem Bauarbeiterforschung habe, zeige auch die Tatsache, daß der Einladung zu dieser Versammlung keine der Behörden aus Wilhelmshaven gefolgt ist. Gefordert müsse auch von Wilhelmshaven immer wieder ein Kontrollleur aus Arbeitertreib werden; denn die Kontrolle der Polizei ist unzureichend und der Ruf des Kontrollieurs der Berufsgenossenschaft habe nur eine kurze Wirksamkeit. Die Haftpflicht aber sei, daß jeder Arbeiter bei jeder Gelegenheit auf die Gefahr, in der er schwächt, aufmerksam gemacht wird. Unglaubliche Schwierigkeiten verursachen oft die Berufsgenossenschaften, ehe sie Rente zahlen. Allgemein nehmen ja auch die Unternehmer an, die Arbeiter seien selbst schuld an den Unfällen. Da heißt es für die Arbeiter, mehr Interesse an dem Arbeiterschutz zu zeigen und auch begin zu wirken, daß bessere Arbeiterschutzbestimmungen geschaffen werden. — Die Maurer Karl Krug und Lange machten ebenfalls noch längere Ausführungen im Interesse des Arbeiterschutzes, worauf die Resolution angenommen und die Versammlung um 12 Uhr geschlossen wurde.

Verbot oder Reform der Rückordnungsarbeit?

Die Folgen der Altablösbarkeit sind also jedenfalls sehr schlimm, und wenn wir ein Mittel hätten, sie zu befeitigen, so radikal zu befeitigen, dann würde ich der erste sein, mit aller Kraft dafür einzutreten. Über das ist die wichtigste Frage, die wir an erwägen haben. Aber was

tun? Sind wir in der Lage, die Auffordarbeit und ihre Auswirkungen zu bestreiten, oder können wir sie einzudämmen, sie für bestimmte Zweige kontingentieren, oder beschließen, daß nur unter bestimmten Regeln, tariflich geordnet, in Alsfeld gearbeitet werden darf? Mit dieser Frage beschäftigen wir uns ja auch nicht das erste Mal. Ich erinnere daran, daß schon auf dem ersten Kongress in Berlin, vor der sozialistengesetzlichen Zeit, im Jahre 1873, der gewissermaßen als internationaler Maurer- und Steinhauser-Kongress anzusprechen ist, sich unsere Kollegen sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt haben. Sie haben all die Schäden schon damals festgestellt, sie haben gezeigt, die Auffordarbeit entwölft sich so: wo früher ein Maurer für ein bestimmtes Stück Arbeit $\text{M} 2$ bekommen hat, ist es durch die Auffordarbeit dahin gekommen, daß er für denselben Preis noch einmal so viel Arbeit machen muß. Man hat damals schon festgelegt, daß die Auffordarbeiter unter allen Umständen eine Stunde weniger arbeiten sollten, als die im Tageslohn Arbeitenden, einmal im Interesse der Auffordarbeiter selbst, zum andern aber auch als Gegenmittel gegen die Auffordarbeit, um sie dem Unternehmer zu verbieten. In den späteren Jahren ist wiederholt über die Möglichkeit der Beseitigung der Auffordarbeit geredet, und es sind entsprechende Beschlüsse gefasst worden. Dann haben wir uns auf unseren Verbandstagen, zuerst 1899 in Berlin, mit dieser Frage beschäftigt. Es wurde die bekannte Resolution gefasst, die heute noch Geltung hat. Es heißt in dem Beschuß: „In Erwägung, daß die Auffordarbeit ungleich mehr als jede andere Lohnarbeit dazu angeht, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer und besonders auch die Unfallgefahr auf den Bauteilen zu fördern, und daß auch die Auffordarbeit dazu angeht, die Solidarität der Arbeiter hindurchzuhalten, spricht der Verbandsitag den dringenden Wunsch aus, daß die Mitglieder für die Abschaffung der Auffordarbeit wirken mögen.“ Diese Resolution ist dann regelmäßig auf den Verbandstagen angenommen worden. Des öfteren haben Anträge vorgelegen, die Auffordarbeiter fürzurück aus dem Verband auszuschließen. Mehrere Zweigvereine haben ja auch solche Beschlüsse mit mehr oder weniger Stütze durchgeführt. Die Verbandsstage haben sich aber bisher nicht entschieden, einen solchen Beschuß für den Gesamtverband zu fassen, weil wir noch nicht stark genug sind, noch nicht den nötigen Einfluß haben, und weil es noch an der Klärung fehlt, ob es möglich ist, die Auffordarbeit aus eigener Kraft abzuschaffen. Deshalb wurde diese Resolution, die ja sehr viel, aber auch wieder sehr wenig besagt, angenommen. Sie macht es jedem Verbandskollegen zur Pflicht, für die Bekämpfung der Auffordarbeit einzutreten. Ohne Zweifel gibt es sehr viele Verbandsmitglieder, die immer die Resolution befolgt haben, viele haben sich vielleicht nie darum gefummert. Andere wieder werden sagen: „Ich weiß es um denn möglich, die Auffordarbeit zu bekämpfen?“ Anders als durch Verbot schafft man sie nicht aus der Welt, und weil ein solches Verbot nicht vorliegt, ist es uns nicht möglich, etwas dagegen zu tun. Trotz allerdem hat doch auch diese Resolution gewirkt. In sehr vielen kleinen Städten in ganz Deutschland ist die Auffordarbeit verpönt. Die Unternehmer find es schon gewohnt, sie bieten unseren Kollegen gar keine Auffordarbeit mehr an. Nun darf man allerdings diesen Erfolg nicht allzu hoch einschätzen; es handelt sich meistens um Orte, wo immer nur gelegentlich eine verschwindende Zahl in Alsfeld gearbeitet hat. In Orten, wo der Aufford für bestimmte Arbeiten seit langem die Regel war, ist durch die Resolution nichts geändert worden.

Die Kollegen läudeten sich aber auch über den Umfang der Alsforderarbeit. Wer glaubt, die Alsforderarbeit wäre im Maurergewerbe sehr weit verbreitet, ist im Irrtum. Die Statistik hat uns gezeigt, daß recht wenig im Baugewerbe in Alsfeld gearbeitet wird, ja, daß der Prozentsatz des Alsfordermauerer äußerst gering ist. Nun ist allerdingß diese Statistik nicht unter allen Umständen beweisstätig. Sie wird immer aufgenommen zu einem bestimmten Zeitpunkt, an einem bestimmten Tage, und da ist es ja sehr leicht möglich, daß es sich gerade so trifft, daß in den meisten Orten nicht in Alsfeld gearbeitet wird, während einige Wochen später ganz bedeutend mehr Kollegen in Alsfeld arbeiten, ja, nachdem die Bauten vorgebschriften sind. Es ist möglich, daß später Baggerarbeiten oder andere Arbeiten noch in Alsfeld festgestellt werden. Also insfern bietet die Statistik kein ganz genaues Bild. Aber soweit man überhaupt einer Statistik trauen kann, muß man doch sagen, es sind sehr wenig Kollegen ermittelt worden, die in Alsfeld arbeiten. Das Verhältnis wird aber sofort anders, wenn wir einige größere Orte und einige Spezialgruppen für sich betrachten. Aus solchen Orten vornehmlich kommen auch die wiederholten Anregungen, man solle die Alsforderarbeit durch Beschuß verbieten und jeden, der dagegen handelt, aus dem Verband ausschließen. Ein solcher Beschuß kann aber sehr leicht zu einer erneuten Spaltung in der Organisation führen, und die weitere Folge ist dann, daß die Alsforderarbeit erst recht nicht besetzt wird.

Die Auffordarbeiter in Orten, wo es sich um 10 oder 20 Mann handelt, würden sich ja vielleicht bescheiden, sie würden sich auch als Sonderorganisation nicht halten können, aber so die Zahl erheblich größer ist, da sind die etwa ausgeschlossenen oder ausgetretenen Kollegen sehr wohl in der Lage, eine Sonderorganisation zu bilden. Die Gefahr, daß wir eine Reihe zweiduldiger Sonderorganisationen bekommen, besteht sowieso. In unserem Gewerbe macht die Spezialisierung reißende Fortschritte, das Buerogewerbe selbst gliedert sich wieder in verschiedene Zweige; neben den Plattenfabrern haben wir Stelleneinweise mit Verblendmauern, mit Bruchsteinmauern, mit Fugen usw. zu rechnen. Und alle wollen auf Kosten des Muttergewerbes und der Mutterorganisation Sondervorteile erzielen. Und wenn ihnen irgend etwas wider den Strich geht, dann geben manche dieser Spezialkollegen leicht dem Gedanken Raum, eine eigene, selbständige Organisation zu gründen. Mit Ausschluß der Auffordarbeiter würden wir solcher Organisationspatrierei, aber geradezu Vorschub leisten, vielleicht würden wir den Auffordmauern an einer lebensfähigen Organisation verhelfen, die zu uns, wenn wir auf unserem Standpunkt verharren wollten, in einen streitigen Gegensatz treten müßte. Also wir würden mit einem Beschuß, wie ich Ihnen versprochen habe, wünschen, nur herbeiführen, daß unsere jetzt noch ragende Organisation gesplittet würde.

dass wir uns eine neue Nebenorganisation schaffen, die es uns in manchen Orten erschweren würde, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Um diese Gefahr herauzubeschränken, müsste die andere Gefahr größer sein. Da ist mir die Gefahr, die ich nicht leugnen will, dass die Affordarbeit so ungemein vorausgeht, wirkt doch nicht groß genug. Allerdings, wenn es gar kein anderes Mittel mehr gäbe, kann man der Schnitt gemacht werden, aber solange noch nicht alle anderen Mittel erforscht sind, sollte man davon Abstand nehmen, solche radikal scheinernde und doch die gegenseitige Wirkung herbeiführenden Beschlüsse zu fassen.

Die zweite Frage ist die: ist es möglich, durch Tarifierung, durch schwere Rauteilen die größten Auswüchse der Affordarbeit zu beschränken? Ich glaube, dass es möglich ein wird, aber das ist ein Weg, den man jetzt möglicherweise zu befürchten scheut. Wir haben seit Jahr und mehr Jahren die Affordarbeit auf das schärfste bekämpft, wir haben immer mit dem Schlagwort operiert: Afford ist Mord! Gewiss ist es so, aber alle andere Arbeit ist auch Mord, wenn man ihr keine Beschränkung geben kann durch die Organisation. Nun sollte man meinen: kann man der Lohnarbeit Schranken ziehen, so kann man das auch der Affordarbeit. Bei der Zeitlohnarbeit kann man das deshalb leichter, weil der eigene innere Krieg schon zu der Regelung hilft, aber bei der Affordarbeit lässt der Egoismus diese Regelung ungleich schwerer zu. Aber wir müssen doch annehmen, dass sich jährlieker immer mehr die Erkenntnis dahin bricht, dass es ohne gewisse Rauteilen, ohne eine gewisse Regelung, ohne eine Beschränkung der Arbeitskraft nicht länger geht. Wenn man fortgesetzt die Affordarbeiter darauf hinweist, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, dass bestimmte Vorarbeiten erlassen werden, und wenn die organisatorische Disziplin besser zur Wirkung kommt, so wird auch bei der Affordarbeit zu besseren Verhältnissen kommen. Wir haben ja in einigen Orten schon früher Karife gehabt, und wir haben ein Land, das eigentlich vorbildlich hierfür ist, das ist Dänemark. In ganz Dänemark wird in unserem Gewerbe fast nur in Afford gearbeitet, hauptsächlich in Kopenhagen, dort werden sogar Reparaturen nach Afford berechnet, und ich glaube, wenn jemand unseren Affordarbeiter Kollegen den Zeitlohn predigen würde, der würde ausgelacht werden. Die Kollegen wollen absolut nichts anders als in Afford arbeiten, sie haben ihre festen Tarife, einen garantiierten Mindestlohn usw. Solche Tarife wären ja ja auch freiheit in Deutschland. Ich erinnere an Flensburg. Ich kann es mir sehr wohl denken, dass wir zu ähnlichen Zuständen zurückkehren könnten, wenn statt der Bekämpfung der Affordarbeit sagen würden: Regelung der Affordarbeit!, wenn wir einen möglichst einheitlichen Tarif für diese oder jene Arbeit und einen bestimmten Mindestlohn festsetzen würden, der den Arbeitern in den Unternehmen zu garantieren ist. Es wäre möglich, wir doch dazu zu einem gewissen Maßstab kämen.

Man wird nun einwenden — und mit einem gewissen Recht — daß es doch einmal Erfahrungstats ist, daß bei der Auffordarkeit der einzelne mehr leisten muß, wenn er mehr im Beitzlohn verdienen will —, daß schon jetzt fortgesetzt Arbeitstage brach liegen, und daß, wenn wir die Auffordarkeit begünstigen, noch mehr Bräte brach liegen werden. Berechtigt ist ferner der Einwand, daß nicht alle Kollegen Aufford arbeiten können, wie auch richtig ist, daß nach wie vor diejenigen, die in Aufford arbeiten, eine günstigere Position haben, als die in Beitzlohn Arbeitenden. Über die Auffordarkeit Lebhaftende würden doch verschwinden, wenn die Auffordarkeit geregelt würde, sie würden überall verschwinden, wo wir Organisationen haben, die mächtig genug sind, um Tarif durchzuführen. Wo wir das nicht können, da sind auch die Lebhaftende beim Beitzlohn schließlich genau so kleinmig wie bei den Auffordarbeiter. Wo wir Einfuß ausüben können, werden wir viel mehr erreichen, wenn wir Tarife haben; die werden es uns ermöglichen, auf das Maß der Arbeitsleistung mehr als bisher Einfuß zu gewinnen. Wenn auch dieser Weg nicht gangbar ist, so müssen wir zumindest die Gefäßichte lassen, wie sie ist. Wir müssen dann darauf beschränken, immer wieder die Forderung zu erheben: jeder Kollege soll nach Möglichkeit dafür eintreten, daß die Auswidthe der Auffordarkeit unter allen Umständen beseitigt werden. Ich würde nicht, welche anderen Mittel mir sonst entmenden könnten,

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 26. August bis 1. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung Berlin M. 5000, Mindorf 1000, Hamburg 750, Neuawes 500, Spend 400, München 300, Norod i. Westh. 300, Altmühlstadt 200, Wilschburg 200, Herzberg a. d. Elster 120, Bentzin 100. Summa M. 8870.

Altona, den 1. September 1906.

Digitized by srujanika@gmail.com

Unfälle, Arbeitsschutz, Submissions etc.

Die Gewerbevereinbörstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Anführung der Vergehen und der übersehbaren Folgen, den "Gewerbevereinbörständen" und der übersehbaren Folgen, den "Gewerbevereinbörständen" und der übersehbaren Folgen, den "Gewerbevereinbörständen" berichten. Ebenfalls über die umfangreichen resultierenden "Gewerbevereinbörstände" und über den Erfolg der Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsverhandlungen.

U n g a s b u r g. Am 27. August, 6 Uhr Abends, rutschte auf dem Erdausbau des Neubaus Heilerer, gelegen in der Schäferstraße, ein Teil Erdreich ab und verschüttete die arbeitswilligen Maurer Peter Meyer aus Lechhausen. Der streitbare Meyer war 20 Minuten, und der noch mit verbliebener Tagelöhne 30 Minuten unter dem Erdreich, zum Glück im Unglück ohne weiteren Schaden an der Gesundheit erseidet. Am anderen Tage verschütteten sie bereits wieder

Streitbrecherdienste. Schuld an der Sache war die schlechte Abteilung.

Berlin. Am 29. August, Vormittags 10 Uhr, stürzte auf dem Neubau des neuen Schillertheaters in Charlottenburg plötzlich mit großem Krach ein giles 6 m hohes Gerüst zusammen. Vier Kollegen von den auf dem Gerüst beschäftigten Büchern, Spannern und Trägern wurden mit in die Tiefe gerissen und unter den nachstürzenden Brettern und Kalfatten begraben. Von den Verunglückten war der 30jährige Hobelspanner Wilhelm Dittmann am schwersten verletzt, so daß er, nachdem auf der Unfallstation schwere Rippenbrüche festgestellt waren, nach dem Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte. Die anderen Kollegen blieben glücklicherweise nur äußere Hautabschürfungen und Quetschungen davongetragen. Die Ursache der Katastrophe, die leicht einer Anzahl Familienvater das Leben kostet konnte, ist auf die leichthinige Herstellung des Gerüstes zurückzuführen, indem die Steifen, die nicht lang genug waren, auf eine ganz unverantwortliche Art verlängert wurden. Die Lösung wurde von dem bauausführenden Maurermeister Böhme in Spandau ausgestellt. Dieser bedauerliche Betriebsfehling ruft die Erinnerung an einen Vorfall wach, der sich im Frühjahr dieses Jahres bei demselben Maurermeister auf dem Bau abspielte. Die damals auf dem Bau beschäftigten Maurer wurden, weil sie eine vorschriftsmäßige Herstellung der Gerüste verlangten, von dem Maurermeister Böhme einfach gemärgelt. Der Bau wurde dann von Aßfordmauerern befehlt. Die Kollegen von Charlottenburg-Berlin fordern eine Protestversammlung ein und beschlossen, an die Stadtverordnetenversammlung eine Resolution zu richten, die die Entlassung der Aßfordmauerer verlangt, weil die Praktiken der Aßfordmauerer unter Auflenkungslösung aller technischen Vorschriften nicht dazu angehalten sind, eine gute und solide Arbeit zu verrichten. In der Sitzung der Stadtverordneten vom 28. März 1908 brachte Herr Kraatz, Fraktionsleiter der Angelegenheit noch einmal seine Sprache; er wies unter anderem nach, daß nicht einmal Sicherheitsvorschriften innengehoben würden, die die Baupolizeibehörde verlangt und daß auf sehr vielen Stellen auch von der Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallverhütungsvorschriften nicht befolgt würden. Der Vertreter des Magistrats, Oberbürgermeister Schuster zu H., wies alle sozialdemokratischen Behauptungen als aus der Luft gegriffen zurück, um sobann ein langes Klageleid über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokratie anzustimmen. Er schloß weiter lebhaft: Weitfalls der Vertreter der Bourgeoisie mit Worten: „Der Herr Böhme (das ist der Baumeister) soll eben tun, was die Organisation befiehlt. Meine Herren, der Eindruck habe ich aus den von mir angeführten Verhandlungen gewonnen, daß die einzelnen Männer gar nicht so schlimm sind, gar nicht auf die Differenzen aus sind, daß sie sich allein ganz verständig und ruhige Leute sind. Über sie sind wir nicht.“ Die Organisation kommt dazu, und der Führer der Organisation sagt: Das Kürft' Ihr nicht tun, sonst kommen wir über Euch! Und das, meine Herren, ist das Böse und meines Erachtens sehr Bedenkliche bei der Sache, was ja gerade auch bei diesem Bau wieder herausstellt, daß die sozialdemokratische Organisation es ist, die die Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hineinträgt und dadurch die Fehler selbst und die Sache schafft.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stimmte diesen schärfstenscherischen Aussführungen zu und lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Austellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterklasse ab. Beider hat die Zukunft den Beweis dafür erbracht, wie echt die sozialdemokratischen Stadtverordneten waren. Trotzdem darf man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg, deren Unfähigkeit weitelloß mit verantwortlich für den Bauunfall ist, nunmehr eine vernünftigere Haltung einnehmen werden. Wandel wird erst dann geschaffen werden, wenn die Arbeiterklasse Charlottenburgs von ihrem Wahlrecht umfassenderen Maß Gebrauch macht und dafür sorgt, daß wenigstens in der dritten Wahlerabteilung ein Vertreter der Bourgeoisie mehr gewählt wird.

E f f e n . Mittwoch, den 29. August, berunglüdten die Kollegen Wöh, Stäb und Job, Kastien am Erweiterungs-
au der Eisenbahndirektion in Effen. Benannte Kollegen
damit behindert, das Dachgestim, das aus schweren
Pfosten besteht, zu verlegen. Durch einen ungünstigen
Zustand kippte ein Gestmstein vorne über und fiel auf das
10 cm tiefer liegende Gerüst, dieses konnte der Last nicht
halten, weil jedenfalls die Nehrriegel zu weit aus-
einander lagen, es brach durch, durchdrückt das darunter-
liegende mangelhafte Schükrerüst und riss die beiden ge-
nannten Mauerz mit in die Tiefe. Durch die Erüttung
sich noch drei weitere Hausteine und stürzten ebenfalls
ab. Sie brunglüdten wurden in das Krankenhaus ge-
schafft, wo kurz darauf Kollege Stäb verstarb. Kollege
Stäb lagte früher verletzt darinieher. Die bauausführende
Firma ist Diehl. Seit furzer Zeit ist dieses schon der dritte
Berunglüde der tot aus dem Geschäft herausgetragen wird.

Schwiebus. Dienstag, den 28. August, ereignete sich in Lagon ein schwerer Baumwollfall. Dort hat die Firma Detroy von hier eine Villa erbaut, die bis zum Rohbau fertig war. Um nun Platz zum Hof und Stallgebäude zu erhalten, mußte der dicht hinter der Villa gelegene Berg, der bedeutend höher ist als die Stadt und nur aus Sand besteht, ausgeschachtet werden. Zu diesem Zweck hatte man die Stützen vom Schacht an das Haus gesetzt. Seit es nun, daß der Steiger den Sand weggestrichen hat, oder ob andere Kräfte mitwirken, mag dahingestellt bleiben, um 4 Uhr trüllten die Sandmassen nach, die Steifen die Villa einschlend, um fünf Mann, darunter den Unternehmer selbst, unter sich begraben. Ein Klempner, der auf dem Dach arbeitete, kam auch noch in die Erddammer; sein Kollege entging nur dadurch der Gefahr, als er sich zur selben Zeit auf der Post befand, wo er nach neuem Material telephoniert. Es wurde sofort zur Stelle, und es gelang, einen Mann

zu befreien, die anderen wurden erst nach dreiwöchiger und zweijähriger Arbeit hervorgeholt; glücklicherweise sind die Verletzungen nicht allzu schwer. Dem Unternehmer ist das Bein zerplattet und der Scheling-Zellenberg erlitt eine Gehirnerschütterung, die übrigen kamen mit leichten Verletzungen davon. Bei die Schulde an dem Unglück trägt nunmehr noch nicht festgestellt werden.

* **Bauaufsicht in Hamburg-Altona.** Eine sorgfältig vorgenommene Kontrolle in Hamburg-Altona ergab nachstehenden Resultat: Kontrolliert wurden 325 Bauten (davon waren 21 Staatsbauten), 2 Steinmeipläne und 32 Zimmermäße, insgesamt 355 Arbeitsstellen. Hieran entfallen auf Altona 66 Bauten (davon 4 städtische Bauten), 1 Steinmeiplatz und 8 Zimmerplätze.

Die Unfallverhütungsabschriften der hamburgischen Baugenossenschaftsgesellschaft hingen auf 314 Bauten, Arbeitsstellen aus, während sie auf 35 Bauten fehlten; von letzteren Bauten wurden 13 von zwölf Hamburger und einem Altoner Innungsmäster ausgefüllt.

Die zur Verbundung gelommenen Gerüste wurden auf 188 Bauten von Zimmermäßen, auf 49 Bauten von Maurern und Bauhüttsarbeitern und auf einem Bau nur von Bauhüttsarbeitern hergestellt. Genügend brauchbares Gerüstmaterial war auf 211 Bauten vorhanden, auf 25 Bauten nicht; die Gerüste selbst waren auf 216 Bauten in gutem, auf 20 Bauten in mangelhaftem Zustand. Genügend abgeschwärzt waren 211 Gerüste, ungenügend 14. Wurfschlänen und Drahtseilen wurden an 206 Gerüsten ermittelt, an 15 Gerüsten fehlten sie. Bei 112 Bauten wurden die Außenmauern resp. Putzarbeiten von seiten Standgerüsten aus verrichtet, während auf 80 Bauten über die Hand gemauert wurde. Die Putzarbeiten vom Ausleger-Gerüsten ausgeführt wurden. Unter dem Gerüst, auf dem gearbeitet wurde, befand sich auf 21 Bauten ein vollständig abgedecktes Gerüst, während auf 160 Bauten ein solches fehlte. Auf 14 Bauten, wo über die Hand gemauert wurde, war ein Schuh, resp. Ganggerät angebracht, während auf 151 Bauten solches gänzlich fehlte. Auf 9 Bauten waren die Balkenlagen nur sehr mangelhaft abgedeckt. Auf 7 Bauten blieben die Auflagergerüste für die bei der Dacharbeit Beschäftigten (Dachdecker, Klempner) bis zur Fertigstellung der Dacharbeit stehen, auf 10 Bauten wurde die Gerüste vorher entfernt, dafür wurde auf 12 Bauten ein Schuh getragen angebracht; auf 4 Bauten wurden diese Arbeiten ohne jegliche Schutzberechtigung ausgeführt.

Für Altona besteht eine Verordnung, daß nach Fertigstellung des Rohbaus die Bauten einen viermonatigen Ruhezeit zum Austrocknen des Baues zu überstehen haben. Während dieser Zeit, wo die Auflagergerüste noch stehen, werden dann die Dacharbeiten fertiggestellt. Der Transport der Materialien geschah auf 6 Bauten mit Maschinen, auf 6 Bauten mit Winden, auf 182 Bauten auf Leitern und auf 93 Bauten auf Treppen. Auf 209 Bauten waren die Treppen mit einem Geländer versehen, wogegen ein Geländer an den Treppen auf 29 Bauten fehlte. Podeste zum Absetzen der Lasten beim Transport wurden auf 187 Bauten ermittelt, auf 22 Bauten fehlten sie.

Schubvorrichtungen (Abhängungen), um das Durchfallen von Materialien und Schmutz an den Leitergängen zu verhindern, wurden 118 vorgefunden, an 30 Bauten fehlten diese Schubvorrichtungen.

Schubräder an den Auflagergerüsten zum Schutz der auf dem Bauunterstand Beschäftigten waren an 98 Bauten vorhanden, an 62 Bauten fehlten sie.

Baubuden (Unterkunftsräume) wurden auf sämtlichen Baustellen vorgefunden. Auf 7 Zimmerplätzen war kein abgeteilter Raum zur Einnahme der Mahlzeiten vorhanden. Bei 9 Baubuden waren die Seitenwände und bei 5 Baubuden das Dach ungedichtet. 5 Baubuden hatten keine Fenster, bei 156 Baubuden waren die Fenster zum Öffnen, bei 198 Bauten nicht zum Öffnen eingerichtet. 42 Baubuden waren ohne Holzfußböden, 3 Baubuden hatten keine verschließbare Tür. In 238 Baubuden wurde ein Kasten mit Verbandmaterial ermittelt, dagegen fehlte Verbandmaterial (zum Zwecke der ersten Hilfeleistung bei Unfällen) auf 114 Baustellen. Eine Anleitung zur ersten Hilfeleistung lag auf 23 Bauten aus, auf 329 Bauten war eine solche nicht vorhanden. Baubuden, welche mit Säcken zum Aufbewahren der Kleider versehen waren, wurden nur 9 ermittelt; Buden zum Aufbewahren des Handwerkszeuges wurden 18 vorgefunden. Tische und Stühle wurden in allen Baubuden vorgefunden; Spülknäpfe wurden nur in 8 Baubuden ermittelt. Baumaterialien wurden in 14 Baubuden gelagert. Defen zum Erwärmten der Speisen waren nur in 51 Baubuden vorhanden. 5 Baubuden waren zu klein, um allein auf der Baustelle Unterkunft unterzubringen. Auf 14 Bauten befanden sich Baubuden im Keller. 861 Baubuden wurden innerhalb der Woche gereinigt, davon 54 einmal, 238 zweimal, 41 dreimal, 22 sechsmal; 1 Baubude war bisher noch nicht gereinigt worden.

Abortanlagen wurden auf allen 355 Baustellen vorgefunden. 17 Abortanlagen waren so befestigt, daß von der Baustelle resp. den nebenanliegenden Gebäuden hineingeschossen werden konnte. 18 Aborten hatten kein dichtes Dach in 181. Abortanlagen fehlte ein Holzfußboden; in 37 Aborten waren keine Sitzrinnen, sondern nur eine Latte als Sitz vorhanden und an 216 Abortanlagen fehlte die Tür. Von den Abortanlagen waren 125 mit Spülung versehen, resp. der städtischen Kanalisation angeschlossen; bei 26 Aborten waren Gruben vorhanden und bei 208 wurden Kübel (Tonnen) zur Abfuhr benutzt. Gereinigt wurden 333 Abortanlagen, nicht gereinigt 26. Ermittelt wurde, daß 8 Aborte einmal, 201 Aborte zweimal, 18 Aborten viermal und 74 Aborten sechsmal wiederholt gereinigt wurden. Desinfiziert wurden nur 193 Aborte. Bei 89 Abortanlagen mußten mehr als 15 Personen einen Sitz benutzen. Von den Abortanlagen befanden sich 82 im Keller, 26 im Parterre und 281 auf dem Bauplatz.

Waschanlagen waren nur auf 126 Baustellen vorhanden, während auf 233 Baustellen solche fehlten.

Urinerme in den Etagen auf den Bauten wurden auf 22 Bauten vorgefunden, auf 336 Bauten fehlten solche.

Auf nachstehenden Bauten wurde den die Kontrolle ausführenden der Betrieb auf Baustelle vom Unternehmer zugesetz, dessen Polizei verboten: Unternehmer Rieland, Erica-

straße; Möhlmann, Einschütteler Chaussee; Harries, Uferstraße, und Löppel, Zentralbahnhof. Trotzdem fanden die kontrollierten Gelegenheit, diese Baustellen zu besichtigen; dabei machten sie die Wahrnehmung, daß auf diesen Baustellen sehr vieles faul war und die Unternehmer alle lästige hatten, die Vorräte auf ihren Baustellen nicht der öffentlichen Preisgabe zugänglich.

Das Ergebnis der Kontrolle beweist zur Evidenz, daß viele Unternehmer auf die gelegtenen Bestimmungen be treffs Bauarbeiterabschluß pfeilten und diese nicht beachteten, doch die Kontrolle seitens der hierfür maßgebenden Instanzen vollständig ungenügend ist. Gaben auch auf beiden Baustellen die leitenden Personen, Richter, Kosten gesellen etc., das Versprechen, daß die Mühstände abgestellt würden, so liegt darin noch keine Gewähr, daß dieses auch wirklich ausgeführt wird.

Aber auch die auf den Bauten beschäftigten Arbeiter sollen mehr als bisher die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen befolgen und innehaben. Dieses gilt speziell für die Maler, die oft bei den Arbeiten auf Leitergerüsten, Hängestellagen und sonstigen Gerüsten die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen außer acht lassen, des weiteren für die Bauhüttsarbeiter, bei denen das Abwerten des Materials auf die Baugertüte fast gang und gäbe ist.

* **Das Centralblatt für das deutsche Baugewerbe** beschäftigt sich in seiner Nr. 35 mit der vor der Central-Kommission für Bauarbeiterabschluß berateten Bauten-Enquete. Obwohl man natürlich von einem Unternehmer-organ keine objektive Würdigung dieser Aktion erwarten kann, muß die Stellungnahme des "Centralblattes" doch unserer Bewunderung hervorruft. Von diesem Blatte ist man gewöhnt, daß es bei der Beurteilung der Arbeiterbewegung einen weniger horrierten Standpunkt einnimmt als beispielsweise die "Baugewerbe-Zeitung", und einen weniger demagogisch-durchdringlichen wie die "Arbeiter-Zeitung". Undes die neueste Beilage des "Centralblattes" beweist, daß es sowohl an Vorwürflichkeit wie an schamhafter Demagogie seinen ehrbaren Schwestern absolut nichts nachgibt. Man lese folgenden blühenden Bißdamm:

"Ein beispielhafter Streitfall Differenzen zwischen den Gewerkschaften und der Parteileitung drohten die Einigkeit in parteipolitischer Lage zu gefährden. Ein gefährliches Rückwärts anstatt eines unentbehrlichen Vorwärts mußte eintreten, wenn die Bauarbeiterkraft, insbesondere die Bauarbeiterkraft Berlins mit ihren hohen, das Eintrommen so manchen kleinen Arbeiters, Pfarrers oder Gymnasiallehrers weit hinter sich lassenden Löhnen der Parteileitung als Beitragsschulden verloren gingen. Politiker sind um die als Beitragsschulden verloren gingen. Politiker sind um Mittel nie verlegen. Der verfolgte Einheitsgeist trieb das Wasser, um sich blitzschnell für seine Feinde unsichtbar zu machen; Politiker machen eine Digtation, um erstaunliche gefährliche Leidenschaften abzulenken. Gibt es ein Schlagwort, das sicherer des organisierten Bauarbeiters Ohr fällt, als das Wort „Bauarbeiterabschluß“ — das Wort, mit dem sich die Ideen von Wahlbautenkontrolleuren auf Kosten des Staates, von unbeschrankter Herrschaft auf den Baustellen, von dem Diktat der Arbeitsbedingungen und der Höhe der Löhne verbinden?"

Die Central-Kommission für Bauarbeiterabschluß trat in Aktion; die Reinigung der schmutzigen Parteivägen wurde auf den nächsten Parteitag verschoben — wahrscheinlich wird es nur eine Reinigung werden, die widerhaarigen Elemente bekämpfen — und nun ging durch die Parteizeitung der Agitationstrummler. Eine Bauarbeiterkraft-Enquetel"

Es ist schon viel dummes Zeug über die Arbeiterbewegung geschrieben worden, aber dem allerödmallesten stellt sich die Partei vollberechtigt an die Seite. Man sollte meinen, daß die Leute, die die Aufgabe haben, die Spalten dieses Unternehmerblattes zu füllen, wenigstens etwas Durst von gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung hätten; beim Centralblatt läuft man sich aber ganz gewaltig, wenn man ihm irgend welche Einsicht in diese Materie zumutet. Welch groteske Komödie liegt nicht darin, die Erhebungen über Bauarbeiterabschluß und die sich augenblicklich abspielenden Vorgänge zwischen der sozialdemokratischen Partei und den freien Gemeinschaften in Verbindung zu bringen! Vielleicht weiß das Centralblatt ganz gut, welche Unruhen es damit seinen Lesern vorlegt, tut es aber, um einen bestimmten Zweck zu erreichen, den man zwischen folgenden Zeilen herauslesen kann:

"Um so mehr aber sind beide Stellen (Verufsgegenossenschaft und Baupolizei) berechtigt, gegenüber unberechtigten Angriffen gegen ihre Tätigkeit und deren Erfolge den Schuh der Freiheit und Staatsbehörden zu erwarten und zu verlangen"; dann bleibt aber zu sagen, daß es ein gerillt ist, daß es ein gerillt ist bei diesen Freiheits- und Staatsbehörden voraussetzt. Die in diesem Jahre vorgenommenen Erhebungen waren bereits im frühen Frühjahr beklöpfen Saché. Den Punkt kann ich, daß diese Erhebungen dem Unternehmen, besonders den Verufsgegenossenschaften, schwer in Magen liegen. Nicht umsonst hat man dort eine Gegenaktion in die Wege zu leiten ver sucht. Man ist richtig und ehrlich gestellt und nun man fürchtet sie mit Recht. So weit wie wir davon unterrichtet sind, sind die Erhebungen derart ausgeschalt, daß ihr Zweck erreicht sein dürfte. Die Offenheitlichkeit wird zu gegebener Zeit davon hören.

Was das "Centralblatt" sonst noch räsonniert, wollen wir übergehen; es steht auf derselben Höhe, wie das bereits artikulierte. Wenn es keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um seinen Eifer in Sachen eines guten Bauarbeiterabschlusses aufzutreten, so wollen wir darauf nur damit antworten, daß wir konstatieren: Was heute bei den Verufsgegenossenschaften, Behörden, und sonst irgendwo am Interesse für den Bauarbeiterabschluß vorhanden ist, ist einzig und allein den Lusten der organisierten Bauarbeiterkraft zu danken; wir haben sie dazu gezwungen und wir werden dafür sorgen, daß dies Interesse stets lebendig bleibt.

* **Unternehmer finden milde Richter.** Aus Halle a. S. berichtet man uns: Eine furchtbare, durch leichtfertiges Unternehmensherbürgerstum hervorgerufene Bauarbeiterkatastrophe, die sich hier am 9. Mai zutrug und zur Folge hatte, daß der Bauarbeiter Wagner getötet, der Bauarbeiter Hart durch den Bruch der Wirkelspalte schwer und der Bauer Peter leicht verletzt wurde, beschäftigte heute die Gerichtsgefängnisse. Angeklagt waren wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Verstoßes gegen die Regeln der Bauordnung der Siegeleibescher und Bauunternehmer Blüttig und der Bauunternehmer Ufer. Beide hatten, Blüttig zur Errichtung eines 8 m hohen Stalles und Ufer zur Herstellung einer Werkstätte, auf ihren Grundstücken nebeneinander Bauten aufgezogen, die schlecht fundamentiert, teils zu schwach und mit sehr schlechtem Mörtel gemacht waren. Als die genannten drei Bauarbeiter in der Mittagspause etwas Erholung schöpften, brachen die Gebäude zusammen und vergrößerten die ungünstigen. Wagner wurde tot unter den Trümmern herabgezogen. Die Angeklagten wollten sich bei der Baurichter nichts Schlimmes gedacht haben. Als aber Blüttig durch den Maurer Wagner und durch Ufer gewarnt worden war, sagte er: "Macht nicht solchen Mist, das steht schon!" Der Sachverständige Maurermeister Gedhardt sagte aus, sein Gewissen hätte solche Bauarbeiter nicht gelassen. Nach den Bestimmungen der Bauordnung sollen zum Mörtel auf einem bestimmten Teilstück nur drei, höchstens sieben Teile Sand verwendet werden. Blüttig hatte aber mit Mörtel aus einem Prozent Sand und 47 % Sand machen lassen. Selbstverständlich wurde die Bindesfähigkeit dadurch stark beeinträchtigt. Der Polizeibauinspektor Rosenbaum, den die Angeklagten als befangen ablehnen wollten, sagte als Sachverständiger aus, als er nach dem Geschehnis den Arbeitern eröffnet hätte, wie sie unter solchen Umständen hätten überhaupt noch weiterarbeiten können, da hätten die Arbeiter entgegnet: "Ja, hätten wir uns beschwert, dann hätten wir unsere Arbeit verloren!" Die Angeklagten wurden amitgesetzt mit je 3 in 1 Woche Strafen eingangs bestraft. — Vergleiche man diese Strafen mit den Strafen, die häufig gegenstreifende Arbeiter wegen Vergehen gegen § 183 der Gewerbeordnung verhängt werden, und man wird sicher zu der Ansicht kommen, daß die Justiz im Lande mit den gesuchten Rechtsgarantien in den besten Bahnen wandelt.

* **Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe wird im "Meißnungsarbeitsblatt" folgendermaßen geschildert:**
Das Baugewerbe wies an den meisten Orten, aus denen Berichte vorliegen, eine sehr günstige Arbeitslage auf; ein Nachlassen der Beschäftigung wird aus Berlin und aus Köln gemeldet. Wo Arbeitsmangel herrscht, wird er teilweise auf die landwirtschaftlichen Saat- und Ernte arbeiten, außergewöhnlich stark war der Mangel, namentlich an Mauerern, in Königsberg, Frankfurt a. M. In Bielefeld, wo die Stundenlöhne der Stoffarbeiter bei gleichförmiger Herabsetzung der Arbeitszeit auf neuen Stunden auf 80 F erhöht wurden, in Chemnitz und schlesischen Städten, wie Breslau und Liegnitz, wo die freizügigen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben, waren genügend Arbeitskräfte vorhanden. In Braunschweig herrscht im gesamten Baugewerbe seit dem 12. Juli ein Streik. Aus Köln und Berlin wird ein Überangebot an Arbeitskräften gemeldet.

Von den mit dem Baugewerbe in Zusammenhang stehenden Industrien wird aus der Biegeler Industrie eine gegenüber dem Vorjahr günstigere Beschäftigung gemeldet. Bereignete Arbeitskräfte waren trotz eingetretener Lohnherabsetzung nicht in ausreichendem Umfang vorhanden. Die Fallindustrie war normal, während der Ofenbau etwas schwächer, beschäftigt jedoch, von der Ofenfabrik abgesehen, weniger lebhaft als im Vorjahr. In verschiedenen Werken fehlten Arbeitskräfte.

In der Betonfabrikation war die Beschäftigung gut; infolge Arbeitsmangels, der auch hier durch Abstromen von Arbeitskräften zur Entstehung veranlaßt wurde, wurde zuweilen Überarbeit erforderlich. Zur Chemotiefenindustrie war die Beschäftigung gut, so daß teilweise Arbeiter mangelten.

Jahresbericht über die Tätigkeit des Stadtbauamts III in Würzburg in bezug auf den Arbeiterschutz

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1905.

Der Vollzug des Bauarbeiterabschlusses gelangte auch im Berichtsjahr zu weiterer Entwicklung und Ausdehnung, insbesondere durch die Erstellung neuer oberpolizeilicher Vorschriften zum Schutz der Liegbauten beschäftigten Personen vom 4. September 1905. Zugleich wurde dem mit der Durchführung und der Kontrolle des Bauarbeiterabschlusses beauftragten Stadtbauamt III die Überwachung der Steinbauermeister, der Steinbruchbetriebe und verwandter Staatsbauten in bezug auf Einhaltung der einschlägigen Vorschriften neu übertragen.

In der Stellung und Tätigkeit des Amtsleiters aus dem Arbeitersinne ist eine bemerkenswerte Veränderung nicht zu verzeichnen.

Im Jahre 1905 waren zusammen 415 Baustellen im Betrieb; außerdem 10 Steinbauermeister und 18 Steinbrüche. Diese sämtlichen Baustellen und Arbeitsplätze wurden vorschriftsmäßig kontrolliert und die hierbei vorgefundene Mängelstände meistens durch mündliche Anordnungen und Verwarnungen abgestellt. In einigen schwierigeren Fällen war das Eingreifen des Stadtmagistrats erforderlich.

Der Bauaufseher aus dem Arbeitersinne hat im Frühling mit den die Baustellen ausführenden Beamten des Stadtbauamts III und in besonderen Fällen gemeinschaftlich mit denselben 2784 Kontrollen vorgenommen. Außerordentliche Besichtigungen erfolgten noch an 12 Tagen zusammen mit dem Amtsleiter aus den bayerischen Baugewerkschaften. Bei diesen Kontrollen wurden 776 Verstöße festgestellt. Diese betrafen: In 190 Fällen Gerüffehler, in 157 Fällen ungenügende Abdichtung der Gebäude, in 71 Fällen unzureichende Schubvorrichtungen bei Dacharbeiten, in 92 Fällen Transport von Lasten durch Arbeiter und Arbeiterinnen auf Steigleitern, in 7 Fällen Sicherheitsgefährliche Ausschüttung von Baugruben, in 17 Fällen Fehler der Treppengeländer, in 6 Fällen schädliche Säuberungen, in 61 Fällen Mängel bezüglich entsprechender Anlage von Bedürfnisanstalten und Unterflurträumen, in 14 Fällen Fehlen von Verbundmaterial, in 17 Fällen schädliche Zugluft, in 48 Fällen das Fehlen von Aus-

1 Woche Gefängnis wegen Körperverlehung, und wegen Vergehens gegen § 153 der C.-D. auf Freiprechung. Der Geschlagene hatte dem Antrag auf Bestrafung wegen Körperverlehung zurückgezogen, der Staatsanwalt hielt ihn aber aufrecht.

Verschiedenes.

* Die Kirche hat einen guten Magen! Wenn diese Kaisache auch am drastischsten den angekündigten Millionen der "toten Hand" zu Tage tritt, so berichtet sie jedoch auch im kleinen recht gut auf Gelbe zu kommen. Eine treffliche Illustration hierzu liefert nachstehende "Kostenrechnung" oder Aufstellung der Trauungsgebühren, die in der gesamten Aufstellung und speziellsten Aufzählung der einzelnen Leistungen unwillkürlich an eine Absolutenrechnung erinnert. Die ordnungsliebende und geschäftlich recht gewissenhafte Parforce, dem diese Aufstellung entstammt, ist die Stadtpfarrei St. Moritz in Augsburg.

Das denktvollste Dokument sieht wie folgt aus:

Trauungs-Gebühren.	
	Klasse
Bartram	M. 8,-
Heilige Messe	-
Trauung	- 80
Opfer dem Hochw. S. Pfarrer	- 80
S. Johanneswein	- 50
Kultusgebühr	2,15
Verbinden	8,-
2 Disponenten	2,40
Dipen.	2,-
Schreiberei nach	-
8 Schiedsgericht	1,95
Altaraufmachen	2,-
Mehner	2,-
Kirchenbiene	1,-
Ministranten	- 50
Beleg	- 05
Summa	M. 21,55

Besonders klassisch ist der letzte Posten von 5 für Beleg, also für die Rechnung selbst. Dieser Posten war in dem gedruckten Formular gar nicht vorgesehen. Der die Rechnung auffstellende Beamte hatte offenbar einmal auf einer Rechtsanwaltsaufstellung das ominöse „für dieses“ so und so viel Preissigen und hatte es nunmehr auch in seinem Betriebe praktisch angewendet. Der mit der Kostenrechnung Begleitete, ein Arbeiter mit kaum 3 Tagelohn, hat in nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken berichtet, der Trauungsalt habe nur 3 bis 5 Minuten gedauert; noch vor Verlassen der Kirche sei ihm diese hochwürdige Kostenrechnung eingehängt worden. Ordnung eigt jedes Geschäft, warum sollte sich denn die Kirche der Ordnung schämen?

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 49 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Flagge und Ware. — Partei und Gewerkschaft. Von Karl Kaufsch. (Schluß) — Wahlrechtsbewegung und Waffenstreit. Von Friedrich Stampf. — Zur Frage der Landarbeiterorganisation. Von Otto Braun. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1905. Von Wilhelm Janson.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das Heft kostet 25.

„Communale Progrä“, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. A. Südelum, Verlag von Paul Singer.

Ein Führer durch die Militär-Pensionsgesetze ist soeben von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin herausgegeben. Der vorliegende Führer bringt eine kurze Schürzung des Offizier-Pensionsgesetzes und eine ausführliche Erklärung des Gesetzes über die Verborgung der Personen der Unterklasse. Allen Interessenten sei der sachkundig zusammengestellte Führer bestens empfohlen. Der Preis beträgt 50. Über die früher im gleichen Verlage erschienenen Gesetzsführer gibt das Schriftenberichtsblatt der Buchhandlung Vorwärts Auskunft, die auf Bestellung gratis und franco zugestellt wird.

„In Freien Stunden“. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Von dieser Wochenzeitung, die in Heften zu je 10. erscheint, ist das 85. Heft erschienen. Dasselbe bringt unter anderem die Fortsetzung des Romans „Der Deserteur“ von R. Buchanan, ferner „Die lezte Nacht“, „Dies und Jenes“, „Wils und Scherz“. Allen Familien, Arbeitern und Arbeitern sei diese gediegene und dabei billige Romanbibliothek wärmstens empfohlen.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 18. Nummer seines 28. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Aus dem Dreiklassenstaat“ und „Die Befluchtsäule“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10.

„Süddeutscher Postillon“ Nr. 18. Das Titelblatt: Na, weifte, wenn einer hier pfeift (der Polizei meldet), verbiene, an die Eingangstür unseres Kolonialamtes angenagelt zu werden. Deutlich, stramm preußisch ist das Garben-döllid; Lehrling. — Das Schulbild sind böse Fata morgana für Auglände Wäretchen. Eine Reihe kleiner Bilder zieren den Text. Diese Nr. 18 des Süddeutschen Postillon empfehlen wir gern den Lesern.

Briefkasten.

Proboscisella, J. A. Der Fahrradhändler muiste erst Ihre Billigung zu dem Rechtsgeschäft, dass er mit Ihrem Sohn abstimmen wollte, einholen, ehe er ihm das Fahrrad verkaufte. Da er dieses nicht getan hat, ist das Rechtsgeschäft unwirksam (§ 111 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Dies hat

zur Folge, dass der Kaufvertrag über das Fahrrad nichtig ist und Sie zur Zahlung der Kaufsumme nicht angehalten werden können.

Breslau. Versammlungsanzeige kam um einen halben Tag zu spät.

Braunschweig, M. O. Gebüsb, Gebüsb lieber Freund! Von vereinbarten kann doch wohl nicht gut die Rede sein.

Göttingen, G. H. Bis auf zur Krankenunterstützung zählt die Invaliditätsversicherung nicht. Erst nach 28 wöchiger Krankheit, wenn die Krankenunterstützung aufhört, können Sie, wenn die Krankheit noch fortbleibt, Invalidenrente erhalten.

Nachendorf, W. Aus Ihrer Mitteilung geht nicht mit Bestimmtheit hervor, ob die Kollegen bei denselben Unternehmern nur auf einem anderen Bau arbeiten, oder ob sie bei A. vollständig aufgehört haben und bei einem anderen Unternehmen in Arbeit getreten sind. Die Notiz ist darum zurückgestellt.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Sterben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15.)

Bözenburg. Am 24. August starb nach langem Leben unter langjähriges Ehrenmitglied Franz Brockmüller im Alter von 72 Jahren an Magenkrebs.

Bromberg. Am 27. August starb unser Kollege Paul Pawlik im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.

Effeln a. d. Ruhr. Am 29. August verunglückte der Kollege Wilhelm Stäbler daran, dass der Tod kurz nachher eintrat. Der Verlobte stand im 29. Lebensjahr. Wie verlieren an ihm ein eifriges Mitglied.

Gars a. d. O. Am 28. August starb unser Mitglied Hermann Hester, 68 Jahre alt, an Lungenerkrankungen.

Gründen. Am 27. August starb der Kollege Adolf Arlt im Alter von 47 Jahren an Magenkrebs.

Großhain. Donnerstag, den 30. August, starb unser Kollege Aug. Wilhelm aus Naudorf an Herzschlag, 61 Jahre alt.

Karlsruhe-Wiesbach. Am 26. August starb unser treuer Verbandskollege Wilhelm Ziegler an der Wasserflucht im Alter von 85 Jahren.

Kiel. Am 29. August starb unser Kollege Gottlieb Kriegel im Alter von 26 Jahren an Magenkrebs.

Magdeburg. Am 26. August starb unser Verbandskollege Will. Berlet im Alter von 66 Jahren.

Regensburg. Am 28. August starb unser treuer Kollege Michael Leichtl im Alter von 35 Jahren an Luftröhrenschwundkrebs.

Rostock. Am 30. August starb unser Verbandskollege Johannes Zimmer im Alter von 47 Jahren an Lungenerkrankung.

St. Johann. Am 30. August starb unser Kollege Friedrich Büch im Alter von 45 Jahren an Blindsarmentzündung.

Bittau. Dienstag, den 28. August, starb an Gehirnserkrüppelung unser Verbandskollege Franz Alber aus Strombach i. Böhmen im Alter von 37 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Graudenz.

Der erste Zweigvereinsvorsitzende Th. Bleudowsky wohnt Posthoferstr. 15, 1. Et. Alle Schreiben sind an ihn zu richten. [M. 1,50]

Barmen-Elberfeld.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich von jetzt ab: Unterbarmen, Wiesenstr. 10, part.

[M. 1,50] Der Vorstand. J. u. Wilh. Walser.

Göttingen.

Der Kassierer E. Bertram hat seine Sprechstunden nur Dienstags Abends von 6 bis 8 und Sonnabends von 5 bis 7 Uhr in seiner Wohnung, Düsterstr. 21. [M. 1,50]

Der Kollege Josef Fuchs, geb. am 16. 8. 1886 zu Deutsch-Kasselwitz, wird erfreut, seine Adresse beim Verbandsbüro in Mannheim einzutragen, da noch verstreutes mit ihm zu regeln ist. Die Adresse des Verbandsbüros ist: Chr. Sauv. Mainzheim, U. 6. 24. [M. 1,50]

Wir ersuchen den nach Witten abgereisten Kollegen Heinrich Malkranz, das Verbandsbuch Nr. 328 773, welches er irrtümlicherweise mitgenommen hat, dem Kollegen Wilhelm Sohäuser wieder zurückzugeben und gleichzeitig seine Adresse anzugeben. [M. 1,50] Der Vorstand der Bäckerei Wanne, Pr. Polednik, Verbindungsstr. 12.

Die Adresse des Kollegen Hermann Pfützenreuter, geb. zu Worbis, zuletzt in Köln a. Rh., wünscht zu wissen sein Bruder A. Pfützenreuter, [M. 1,20] Caternberg b. Osnabrück, Heinrichstr. 12.

Fürstenwalde.

Sonnabend, der 15. September, Abends 8 Uhr.

Beinhces Stiftungsfest

im „Schlosskeller“

verbunden mit Konzert, Theater, Vorträgen und Ball. Die Festrede hält H. Silberschmidt.

Eintritt Herren 30 Pfg. Damen 20 Pfg. Tanz 50 Pfg. Alle Kollegen laden freundlich ein. Das Komitee

Gross-Kreutz.

Sonnabend, den 29. September, Abends 7 Uhr.

* Stiftungsfest *

Sämtliche Kollegen aus der Umgegend sind freundlich eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Iserlohn.

Sonntag, den 16. September, Nachmittags 4 Uhr.

Stiftungsfest

im Lokal des Herrn Gustav Lange, Bachstraße, bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Iserlohn und Umgegend sind mit ihren Familien freundlich eingeladen. Das Festkomitee.

Elbing.

Sonntag, den 16. September, im Gewerbeschiffhaus:

Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit

Konzert und Kinderfestivitäten. Abends Theater und Ball.

Sämtliche Kollegen von Elbing und Neukirch-Niederau werden hierzu mit ihren Familien freundlich eingeladen.

[M. 3,60]

Der Vorstand.

Bergen a. Rügen.

Sonntag, den 16. September, Nachmittags 3 Uhr:

Achtes Stiftungsfest

im Saale des Herrn Zillm, bestehend in: Preisschießen für Herren und Tambourwettbewerb für Damen sowie Kinderbelustigungen. Nachher: Ball.

Alle Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen.

[M. 3,90]

Das Festkomitee.

Cüstrin.

Sonnabend, den 15. September 1906:

Siebtes Stiftungsfest

verbunden mit Theater, Konzert und Ball.

Alle Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen.

[M. 2,70]

Der Vorstand.

Frankfurt a. d. O.

Sonnabend, den 15. September 1906:

Stiftungsfest

im „Edorado“.

[M. 8]

Sämtliche Kollegen von Frankfurt a. d. O. und Umgegend sind hierzu eingeladen.

Der Vorstand.

Unna i. W.

Sonntag, den 23. September, Nachmittags 5 Uhr:

Rekruten-Abschiedsball

im Lokal des Herrn Jung, Morgenstraße.

bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Zur Aufführung gelangt: Die Böllvorlage.

Sämtliche Kollegen von Unna und Umgegend sind freundlich eingeladen.

[M. 3,90]

Das Festkomitee.

Persammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 9. September.

Dillitzsch. Nachm. 8 Uhr im „Vindenhof“.

Werder. Nachm. 5 Uhr bei Koch.

Dienstag, den 11. September.

Liegnitz. Abends 6½ Uhr.

Freitag, den 14. September.

Bünde. Abends 7½ Uhr im Verbandslokal.

Sonnabend, den 15. September.

Göppingen. Im Lokal „Drei Könige“.

Sonntag, den 16. September.

Berlin. (Gruppe Bemerkter.) Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschiffhaus, Engel-Ufer 10, Saal 1. Vortrag des Genossen W. Miethe über: „Archäologische Erstbelegung“.

Gesellschaftliche Maurerversammlungen.

Montag, den 10. September.

Pirmasens. Abends 9 Uhr bei Herrn Schäfer. Referent: Oberstorch auf St. Johann.

Central-Krankenhaus der Maurer-As.

Sonntag, den 16. September.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschiffhaus. Z.-O.: Wahl der Hülfss.

Kassier, 3. Vorsitz. 3. Verleihung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Nachm. 2½ Uhr bei H. Niemar. Z.-O.: Antrag betreffend Neu-Ruppin. Wahl eines Bevollmächtigten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ufer & Co.

in Hamburg.